

# WIRTSCHAFTS forum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

### Stimmungsbarometer Mittelstand





chwerpunkt – Seite 4 Schwerpunkt – Seite 22
Politik der Mitte Stimmungsbarometer industrieller Mittelstand





Wirtschaft – Seite 38
Treusorgefonds statt Sozialpartnermodell

### **Inhalt**



#### **3** Vorwort

#### Schwerpunkt

- 4 Mit einer neuen Politik der Mitte unser Land in gute Hände nehmen.
- 6 Zukunft Bauen
- 10 Mittelstand zwischen Innovationskraft und Wettbewerbsdruck
- 12 Zwischen Hoffnung und harter Realität
- **14** Die Zeit drängt
- 16 Wettbewerbsfähigkeit, mehr Freiheit und Eigenverantwortung, weniger Bürokratie
- 18 Zuversicht entsteht durch klare Wege
- 20 Die Zukunft ist kein Trend, sie ist ein Umsturz!
- 22 Stimmungsbarometer industrieller Mittelstand in Baden-Württemberg



- 25 Gitta Connemann mit großer Mehrheit als MIT-Bundesvorsitzende bestätigt
- **26** Unsere Vertreter in Berlin

#### Aus den Kreisen & Bezirken

27 Aktuelles aus Baden-Württemberg

#### MIT Land

- 35 "Ich bin neu in der MIT, weil ...
- **36** Wenn das Schweigen lauter ist als die Tat

#### Wirtschaft

- 38 Treusorgefonds statt Sozialpartnermodell eine neue bAV für den Mittelstand
- **40** Nichtigkeit von Coaching-Verträgen nach dem Fernunterrechtsschutzgesetz (FernUSG) auch im B2B Bereich
- **42** BIZ Gruppe verbindet deutsche Unternehmen mit israelischer Dynamik & Innovationskraft
- **44** Welche Themen sind für Sie bei der kommenden Landtagswahl besonders wichtig?



- 45 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
- 46 MIT vor Ort/Impressum
- 47 Mitglied werden

### Liebe MITglieder, liebe Freunde des baden-württembergischen Mittelstands,



Stefan Glaser, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

zunächst möchte ich mich von Herzen für das Vertrauen bedanken, das Sie mir mit der Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg entgegengebracht haben. Diese Aufgabe ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich, gemeinsam mit Ihnen und dem gesamten Vorstandsteam die Interessen unseres starken baden-württembergischen Mittelstands entschlossen zu vertreten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und darauf, Impulse zu setzen, die unseren Betrieben echten Mehrwert bieten.

An dieser Stelle möchte ich noch unserem ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Tobias Vogt zu seiner Wahl zum Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg gratulieren. Ich freue mich auf den gemeinsamen Landtagswahlkampf, um gemeinsam für die Belange von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk einzutreten.

In dieser Ausgabe unseres Magazins widmen wir uns dem Stimmungsbarometer Mittelstand: Was beschäftigt Sie aktuell in Ihren Betrieben? Welche Herausforderungen bewegen Sie? Und was brauchen Sie von der Politik? Die Antworten darauf sind so vielfältig wie unser Mittelstand selbst – und dennoch zeichnet sich ein klares Bild ab: Die Stimmung ist nach wie vor angespannt. Tag für Tag erreichen uns Meldungen über Insolvenzen, vor allem bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirt-

schaft bilden. Die anhaltende Unsicherheit über Energiepreise, Überregulierung und wirtschaftspolitische Weichenstellungen belastet viele Betriebe schwer.

Umso wichtiger sind klare Signale aus der Politik. Unsere Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat in jüngsten Gesprächen und Veranstaltungen deutlich gemacht, dass wir Pragmatismus statt reinen Idealismus im Energiesektor brauchen. Der von ihr in Auftrag gegebene Monitoringbericht zeigt, dass der Bedarf an elektrischer Energie deutlich geringer steigt als bisher angenommen. Das liegt insbesondere an drei Punkten. Die Elektromobilität wird weder von den Verbrauchern noch von Unternehmen als echte Alternative angesehen. Der Umstieg auf die Wärmepumpe erfolgt bei Weitem nicht in dem Umfang, wie vom grünen Wirtschaftsminister erhofft. Und schließlich sehen wir kein Wachstum, sondern vielmehr Rezession in unserer Wirtschaft, und zwar vom energieintensiven Industriekonzern bis hin zum Einmannbetrieb. Manche gehen so weit zu sagen, das "grüne Schrumpfen" sei in vollem Gange. Aber selbst wenn man nicht überspitzen möchte, sollte dieser Bericht als klares Alarmsignal gewertet werden. Vor allem sollte er die Spitzenpolitik wachrütteln.

Gerade bei der Energieversorgung muss der Fokus darauf liegen, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen und nicht auf theoretische Wunschvorstellungen, die in der Praxis kaum umsetzbar sind. Diese neue pragmatische Haltung des Wirtschaftsministeriums ist ein wichtiger Impuls, der Mut macht. Allerdings müssen diese Ansätze nun auch konsequent in der Realität von Handwerk und Mittelstand ankommen. Hier sehen wir noch erheblichen Nachholbedarf.

Trotz aller Herausforderungen bin ich überzeugt: Wir haben eine besondere Stärke, die uns in der Vergangenheit immer ausgezeichnet hat und die uns auch durch diese schwierige Zeit tragen wird: Anpassungsfähigkeit. Während große Konzerne oft lange Entscheidungswege haben, kann der Mittelstand schnell reagieren, neue Ideen umsetzen und Chancen nutzen. Genau diese Fähigkeit brauchen wir jetzt mehr denn je. Lassen Sie uns daher gemeinsam optimistisch bleiben und mit Tatkraft an Lösungen arbeiten. Ich bin sicher: Wenn wir unsere Kräfte bündeln, Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen und die Rahmenbedingungen verbessern, wird baden-württembergische Mittelstand auch diese Phase meistern. So wie er es schon viele Male zuvor getan hat!

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen

dieser Ausgabe und hoffe, dass Sie neue

Einblicke und Anregungen gewinnen.

Stefan Ola

Mit herzlichen Grüßen Ihr Stefan Glaser

# Mit einer neuen Politik der Mitte unser Land in gute Hände nehmen.



Manuel Hagel MdL, Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Unser Land ist stark, innovativ und voller Tatendrang. Doch es steht zugleich vor gewaltigen Herausforderungen. Nach Jahren globaler Unsicherheiten, gestörter Lieferketten und explodierender Energiekosten spüren gerade die Unternehmerinnen und Unternehmer den Wind, der rauer geworden ist. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und der Motor unseres Wohlstands. In diesen turbulenten Zeiten ist eine Botschaft für uns als CDU Baden-Württemberg deshalb wichtiger denn je: Wir stehen fest und verlässlich an Ihrer

Was bewegt den Mittelstand also wirklich? Das erfährt man nur, wenn man mit den Betroffenen, statt nur über sie spricht. Es ist die wachsende Sorge, im Klein-Klein einer ausufernden Bürokratie zu ersticken, anstatt sich auf das konzentrieren zu können, was Sie am besten können: Anpacken, schaffen und innovative Lösungen für die Zukunft entwickeln. Wenn ein Unternehmer mehr Zeit mit Dokumentations- und Berichtspflichten als mit dem eigentlichen Projekt oder bei seinen Kunden verbringt, läuft etwas grundlegend falsch. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass unsere Unternehmen von einer Flut aus Vorschriften, Auflagen und einer Politik des Misstrauens gelähmt werden. Diese Bürokratie bindet nicht nur wertvolle Zeit, sie bindet auch Kapital und Innovationskraft, die wir dringend für die anstehenden Transformationen benötigen.

Deshalb stehen wir für eine neue bürgerliche Politik der Mitte, die unsere Potentiale wieder fördert, statt immer neue Hindernisse zu schaffen. Wir müssen den Bürokratie-Dschungel lichten, und zwar mit der Heckenschere, nicht mit der Nagelschere. Das bedeutet für uns konkret, europäische Vorgaben umzusetzen, aber nicht noch unnötig zu verschärfen. Die Zeiten des "Gold-Plating", das unsere Betriebe im internationalen Wettbewerb benachteiligt, müssen vorbei sein. Wir setzen uns für eine verbindliche, gesetzlich verankerte "One-In, Two-Out"-Regel ein: Für jede neue Regelung, die eingeführt wird, müssen zwei alte gestrichen werden. Nur so kann die Regulierungslast endlich spürbar und nachhaltig sinken. Zudem müssen wir die uferlosen Berichtspflichten, gerade für kleine und mittelständische Betriebe, drastisch reduzieren. Ihre Zeit ist zu wertvoll, um sie mit dem Ausfüllen unnötiger Formulare zu verschwenden.

Die zweite große Sorge, die uns alle umtreibt und die zur entscheidenden Zukunftsfrage für unseren Standort wird, ist der Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Was nützt das innovativste Produkt, wenn niemand da ist, der es herstellt und weiterentwickelt? Was nützt ein voller Auftragsblock, wenn die Hände fehlen, um die Arbeit zu erledigen? Auch hier haben wir als CDU eine klare Agenda für unser Land. Wir wollen die berufliche Bildung massiv aufwerten und ihre Attraktivität steigern.

Dazu gehört für uns als klares Bekenntnis, die Meisterprüfung endlich kostenfrei zu stellen. Das ist ein starkes Signal der Anerkennung und eine direkte finanzielle Entlastung für die Leistungsträger von morgen. Parallel dazu werden wir die Meisterprämie von 1.500 Euro auf 3.000 Euro verdoppeln.

Letztlich geht es doch um eine neue Kultur der Wertschätzung in unserer gesamten Gesellschaft. Wir brauchen in Baden-Württemberg beides: Master und Meister. Die akademische und die berufliche Bildung sind zwei Seiten derselben Medaille – der Medaille unseres Erfolgs. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Betriebe wieder frei atmen und ihre volle Schaffenskraft entfalten können. Geben wir dem Mittelstand den Freiraum und das Vertrauen zurück, das er verdient. Denn wir sind überzeugt: Unser Land hat die besten Zeiten noch vor sich.

Wir brauchen eine starke Allianz zwischen Politik und Praxis, um diese für unser Land so wichtige neue bürgerliche Politik umzusetzen. Denn Zeiten der Krise, waren schon immer Zeiten für Christdemokraten. Genau hier ist die Mittelstands- und Wirtschaftsunion für uns als CDU nicht nur ein Partner, sondern unser Korrektiv und Kompass. Sie sind das Ohr am Markt und die Stimme der Betriebe. Lassen Sie uns diesen Weg weiter konsequent zusammen gehen und gemeinsam für unser Baden-Württemberg anpacken.

Manuel Hagel MdL, manuel.hagel@cdu.landtag-bw.de, manuelhagel.de





Bartholomäus GmbH . Bachstraße 10 . D-89607 Emerkingen Telefon +49 7393 9519-0 . Telefax +49 7393 9519-40 info@geba-emerkingen.de . www.geba-emerkingen.de



### Zukunft Bauen

Mittelstand stärken, Rahmenbedingungen verbessern



### Von der Krise zur Chance: Forderungen der Bauwirtschaft

Die deutsche Bauwirtschaft steht weiterhin unter Druck. Die schlechten Rahmenbedingungen machen der Branche schwer zu schaffen. Den neuesten Daten zufolge lässt sich zwar von einer Erholung auf niedrigem Niveau und einem leichten Aufwärtstrend sprechen – dennoch bleibt die Lage angespannt. Während der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt, ist gerade

Johannes Schwörer, Geschäftsführer SchwörerHaus KG



Aufstockung Hamburg: Wertvollen Wohnraum schaffen im Bestand zeigt die Aufstockung eines Gebäudekomplexes in Hamburg: mit passgenauen und vorgefertigten Bauteilen wurde innerstädtisch ohne große Eingriffe in die Umgebung wertvoller Wohnraum geschaffen und das gesamte Gebäude aufgewertet.

der Wohnungsbau insgesamt deutlich eingebrochen.

Die Zahl der genehmigten Eigenheime hat sich seit 2021 mehr als halbiert: Statt rund 100.000 Baugenehmigungen pro Jahr, wie in den Jahren vor der Baukrise, waren es 2024 nur noch 44.300. Im ersten Halbjahr 2025 meldeten die Ämter bundesweit 24.305 genehmigte Eigenheime. Diese Entwicklung zeigt: Auch wenn einzelne Zahlen leicht nach oben weisen, liegt der Markt noch weit unter Vorkrisenniveau.

Der Mittelstand der Baubranche fordert deshalb dringend neue Impulse. An erster Stelle steht der Abbau überbordender Bürokratie. Die Europäische Entwaldungsverordnung (EUDR) zeigt beispielhaft, wie zusätzliche Nachweispflichten für Unternehmen zu erheblichem Mehraufwand und Mehrkosten führen - obwohl in Deutschland längst hohe Standards praktiziert werden. Ein Beispiel ist die Forstwirtschaft, die unter anderem nach den Kriterien der PEFC-, oder FSC-Zertifizierung arbeitet.

Firmen mit eigener Holzverarbeitung - wie SchwörerHaus - verpflichten sich schon seit Langem zu diesen Standards und verarbeiten streng nach nachhaltigen Richtlinien. Seit vielen Jahren bestehen deshalb Überwachungssysteme - eine neue Nachweispflicht bringt keinerlei Mehrwert, sondern erzeugt nur unnötige Kosten.

Zweitens braucht es eine verlässliche Förderpolitik. In der Amtszeit von Bundeskanzlerin Merkel zeigte die KfW-Förderung auf Effizienzhaus-Niveau 55, dass ein ausgewogenes Verhältnis von Dämmaufwand und Energieeinsparung Bauherren motiviert. Solche Programme müssen wiederbelebt werden. Alternativ könnte auch die Abschreibung nach §7bEStG von jetzt 5 Prozent auf 10 Prozent erhöht werden, ohne dass dem Staat langfristig Einnahmen zu entziehen. Der Zusatznutzen: eine florierende Bau-





Multifunktionaler Beitrag zur ländlichen Gesundheitsversorgung: Ein herausragendes Beispiel ist das Port Gesundheitszentrum Schwäbische Alb Hohenstein, das aus mehreren FlyingSpaces besteht. Dort entstanden Praxen, Beratungsstellen und Räume für Begegnung – ein Leuchtturmprojekt für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum.

konjunktur sorgt für zusätzliche Steuererträge z.B. im Mehrwertsteuer-Bereich.

### Fertigbau als Innovationsmotor der Branche

In der vorhandenen Krise zeigt die Fertighausbranche ihre Stärke: Trotz des Rückgangs der Genehmigungen steigt die Fertigbauquote z.B. in Baden-Württemberg auf 43,5 Prozent!

Unternehmen wie SchwörerHaus treiben diese Entwicklung maßgeblich voran. Dank witterungsunabhängiger Vorfertigung in den Werken können Bauzeiten erheblich verkürzt und höchste Qualitätsstandards gesichert werden. Mit modularer Bauweise und flexiblen Konzepten zeigt das Unternehmen, dass Innovation weit über das klassische Einfamilienhaus hinausgeht:

• Mehrgeschossige Wohnhäuser in Holz-Hybridbauweise

Wo Bauland knapp ist, verbleibende Lücken genutzt werden müssen oder ehemalige Fabrikgelände neues Leben erhalten, setzt SchwörerHaus auf mehrgeschossige Gebäude in Holz-Hybridbauweise. Die Kombination aus Holz, Beton und Stahl sowie vorgefertigten Bädern ermöglicht kurze Bauzeiten bei gleichzeitig hohem Wohnkomfort. Damit entstehen bezahlbare Wohnungen, die dem steigenden Bedarf gerecht werden.

• Nachverdichtung, Aufstockungen und Anbauten

Wie lässt sich Wohnraum schaffen, ohne neue Flächen zu versiegeln? Die Antwort lautet: durch intelligente Nachverdichtung im Bestand. SchwörerHaus realisiert beispielsweise Aufstockungen bestehender Gebäude in Holzbauweise, die kaum in die Infrastruktur eingreifen und gleichzeitig wertvollen neuen Wohnraum schaffen. Auch Abriss und Neubau oder serielle Sanierung auf gleichem Grundstück bieten privaten Bauherren und Investoren Chancen.

Serielle Sanierung

Der Gebäudebestand ist der Hemmschuh der Energiewende. Die hohe CO -Belastung durch Bestandsgebäude ist eine zentrale Herausforderung auf



Präzisionsdrehteile von Ø 0,1 bis 12,0 mm, aus hochwertigen Werkstoffen in absoluter Genauigkeit und erstklassiger Verarbeitung in Klein-, Mittel- und Großserien.

#### Artur Farr GmbH + Co. KG

info@farr-feinmechanik.de www.farr-feinmechanik.de



Schwörer-Werksgelände am Firmensitz in Hohenstein-Oberstetten: Hohe Fertigungstiefe, ein ökologischer Produktionskreislauf vom Baumstamm über die Veredelung im Sägewerk bis zur Vorfertigung von Fertigteilelementen für Häuser, FlyingSpaces bis Holz-Mehrfamilienhäuser, dazu Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen wie Holzresten (Biomasse) und Photovoltaik.

dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand. Hier leistet der Baustoff Holz einen wichtigen Beitrag, da er das klimaschädliche Treibhausgas langfristig bindet. Mit vorgefertigten Elementen lassen sich zudem Bestandsgebäude in kurzer Zeit energetisch modernisieren, ohne das Mieter ausziehen müssen. SchwörerHaus bringt seine Kompetenz im Fertigbau ein, um Sanierungsprojekte seriell, schnell und kostensicher umzusetzen.

FlyingSpaces

Flexible und hochwertige Raummodule, wie z. B. die SchwörerHaus-FlyingSpaces, werden komplett im Werk vorgefertigt. Diese multifunktionalen Module können aufgestockt, angebaut, freistehend als Lückenfüller oder im Verbund als neue Wohnformen eingesetzt werden - ebenso für Einrichtungen der Gesundheitsversorgung.

> Politik muss jetzt die richtigen Weichen stellen

Der deutsche Mittelstand im Bauwesen hat die Technologien und Konzepte, um die Herausforderungen von Wohnraummangel, Klimaschutz und demografischem Wandel zu lösen. Doch er braucht endlich die richtigen Rahmenbedingungen: weniger Bürokratie, verlässliche Förderung und politische Weitsicht.

SchwörerHaus zeigt exemplarisch, wie Innovationskraft, Nachhaltigkeit und regionale Verantwortung zusammenwirken. Vom klassischen Einfamilienhaus bis zum mehrgeschossigen Holz-Hybridbau - der Fertigbau ist längst ein zentraler Baustein für die Zukunft des Bauens. Jetzt liegt es an der Politik, die Signale zu setzen, damit wieder mehr Menschen in Deutschland bauen können.

SchwörerHaus KG, info@schwoerer.de, schwoererhaus.de



# Mittelstand zwischen Innovationskraft und Wettbewerbsdruck

Warum der Standort Deutschland Rückenwind braucht: Ein Mittelständler der Kunststoffverarbeitung über Kostenlast, EU-Wettbewerb, Verlässlichkeit - und einen klaren Appell an die Politik.

### Internationaler und europäischer Wettbewerbsdruck

Unsere Kunden stehen unter massivem Preisdruck – und geben ihn weiter. Neben asiatischen Anbietern gewinnen auch Produzenten in Osteuropa an Bedeutung. Durch EU- und nationale Förderprogramme entstehen in Polen, Ungarn und Bulgarien gezielt Kapazitäten (etwa im Halbleiter-Backend oder in der Batterie-Wertschöpfung), die den Hochkostenstandort Deutschland zusätzlich unter Zugzwang setzen. Besonders widersprüchlich ist, dass in einem EU-kritischen Mitgliedsstaat faktisch auch chinesische Wettbewerber von Subventionen profitieren. Gleichzeitig fragt man sich hierzulande, warum Vorzeigeprojekte ins Stocken geraten oder beendet werden - wie jüngst der Rückzug bei Hochleistungszellen im Raum Tübingen/Reutlingen. Das sendet kein gutes

Signal für die Skalierung von Schlüsseltechnologien am Standort.

### **Standort Deutschland** in Frage gestellt

Internationale Konzerne, Teile unsere Kundschaft, überprüfen ihre Präsenz in Deutschland zunehmend kritisch. Hohe Kosten und regulatorische Unsicherheiten schwächen die Attraktivität. Verlagerungen von Produktion oder Entwicklung sind mehr als Einzelfälle - sie gefährden industrielle Substanz und gewachsene Wertschöpfungsketten.

#### Kostenlast im Inland

Steigende Mindestlöhne, wachsende Sozialabgaben und hohe Energiekosten sind für sich genommen nachvollziehbar. In Summe jedoch drücken sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Diese Lasten müssen so verteilt und gestaltet werden, dass Unternehmen investieren, innovieren und Beschäftigung sichern können – nur dann entstehen belastbare Zukunftsaussichten am Standort.



GmbH & Co. KG und Kreisvorsitzender der MIT Schwarzwald-Baar-Kreis

### Konsolidierung: Erosion der Zuliefer- und **Technologiebasis**

Unsere Branche befindet sich mitten in einer massiven Konsolidierung. Spezialisierte Zulieferer verschwinden, Knowhow droht abzuwandern. Sichtbar ist das etwa in Teilketten wie dem Kunststoff-Recycling: Werksschließungen und Kapazitätsabbau schwächen Resilienz und Innovationskraft - mit Folgen für Qualität, Verfügbarkeit und Entwicklungstempo in der gesamten Wertschöpfung.

### Ein Beispiel aus unserem Unternehmen

Langfristige Investitionen in Werkzeuge, Maschinen und Know-how sind unser Tagesgeschäft. Wenn Werkzeuge bestellt sind, technische Freigaben jedoch verzögert erfolgen, Forecasts schwanken und kurzfristige Änderungen die Planung sprengen, entstehen erhebliche Zusatzkosten. Wir übernehmen Verantwortung - brauchen dafür aber verlässliche Spielregeln, damit Investitionen planbar und Entwicklungen schnell skalierbar bleiben.

#### Einordnung der aktuellen Lage

Nach einem schwächeren Vorjahr zeigen einige Frühindikatoren erste Stabilisierungszeichen: Die Industrie tastet sich wieder an die Wachstumsmarke heran. Für die kunststoffverarbeitende Industrie bleibt das Umallerdings anspruchsvoll; Branchenumsätze lagen zuletzt unter dem Niveau früherer Jahre. Wir bei Kunststoff Christel haben einiges richtig gemacht und unser Umsatz liegt in 2025 bisher deutlich über Vorjahr. Das unterstreicht: Die Basis ist da - sie braucht Rückenwind durch verlässliche Rahmenbedingungen.

#### Appell an die Politik

Was es jetzt braucht, ist keine weitere Einzelmaßnahme, sondern eine klare, verlässliche Industriepolitik:

- Planbarkeit statt Zickzackkurs: Wir brauchen eine langfristige Planung - nicht für eine halbe oder ganze Legislaturperiode, sondern regierungsunabhängig mit einem Planungshorizont von mindestens zehn Jahren.
- Level Playing Field in der EU: Förderregime so ausrichten, dass sie Wertschöpfung in der Breite erhalten, statt eine Verlagerungsspirale zu befeuern. Kohäsion ja - aber ohne systematische Standortverzerrungen.
- Schutz vor unfairem Wettbewerb: Handelsregeln durchsetzen. zerrungen konsequent ahnden; wo andere Regionen protektionistisch agieren, braucht es europäische Antworten.

• Bezahlbare Energie & Entlastung bei Abgaben:

Verlässliche Pfade bei Netzentgelten, Abgaben und Energiepreisen - damit Unternehmen planen, investieren und modernisieren können.

#### **Optimismus und Chancen**

Trotz aller Herausforderungen bleibt der Mittelstand Innovationsmotor. Unsere Stärken: hochqualifizierter Werkzeugbau, starkes Projektmanagement und kurze Entwicklungszyklen. Wir bieten, was globale Low-Cost-Anbieter nicht liefern: Schutz geistigen Eigentums, verlässliche Versorgung, seriensichere Anläufe und schnelle Umsetzung - mit direktem Nutzen für unsere Kunden. Wir wollen Zukunft gestalten - gemeinsam mit Kunden, Partnern und Mitarbeitern. Denn nur eine starke Industrie mit attraktiven Arbeitsplätzen ist ein verlässlicher Garant für unsere Demokratie. Gemeinsam sichern wir Wertschöpfung und Innovation -

#### Über Kunststoff Christel

Kunststoff Christel ist ein mittelständisches Familienunternehmen aus der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg mit über 60 Jahren Erfahrung. Wir begleiten unsere Kunden von der ersten Designidee bis zur Serienfertigung - mit eigenem Werkzeugbau, moderner Kunststoffverarbeitung und umfassender Reinraumkompetenz. Unser Spektrum reicht von Mikrobauteilen ab 0,01g bis hin zu Großteilen von 5kg sowie komplexen Baugruppen in der Montage. Mit stetiger Prozessoptimierung, kurzen Entwicklungszyklen und hoher Innovationskraft stehen wir für Qualität, Verlässlichkeit und wettbewerbsfähigen Spritzguss-Lösungen - besonders in der Medizintechnik.

Rainer Christel, info@kunststoff-christel.de, kunststoff-christel.de



Ihre bezugsfertige Neubauwohnung als sichere Altersvorsorge.

Nutzen Sie die Vorteile: sofortige Vermietung, hohe steuerliche Abschreibung und langfristiger Vermögensaufbau.

Ohne zusätzlichen Aufwand – damit Sie sich weiterhin voll auf Ihr Kerngeschäft konzentrieren können.



Jetzt informieren: 07031 4918-500 | www.baerbel-bahr.de



BB WOHNBAU



Alle bezugsfertigen

Neubauwohnungen

finden Sie online!

Im Dörnach 5 | 71088 Holzgerlingen | Tel.: 07031 4918-500 immobilien@baerbel-bahr.de | baerbel-bahr.de

BÄRBEL BAHR

### **Zwischen Hoffnung** und harter Realität

Von außen betrachtet wirkt das Gastgewerbe in Baden-Württemberg lebendig: volle Biergärten, gut besuchte Restaurants, touristische Hotspots. Doch wer genauer hinsieht, erkennt die Herausforderungen, mit denen unsere Branche kämpft.

### Stimmungslage: viele Betriebe an ihren Grenzen

Tatsächlich droht dem Gastgewerbe in Deutschland das sechste Verlustjahr in Folge. Die jüngste DEHOGA-Mitgliederumfrage bestätigt die angespannte Situation: Im Juli 2025 meldeten die Betriebe im Schnitt Umsatzverluste von 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Zeitraum

Januar bis Juli 2025 lag das Minus bei 8,9 Prozent. Gründe für diese Lage sind explodierende Kosten, preissensiblere Gäste und sinkende Umsätze. Nach aktuellen Daten des Statistischen Bundesamts setzten die Hoteliers und Gastronomen nach vorläufigen Ergebnissen im ersten Halbjahr 2025 real 15,1 Prozent weniger um als im Jahr 2019, dem letzten Jahr vor der Coronakrise (nominal plus 10,9 Prozent, Originalwerte). Kurzum: Die aktuellen Belastungen bringen viele Betriebe an ihre Grenzen.

Die Stimmung unter den Unternehmerinnen und Unternehmern ist angespannt. Fast 40 Prozent der Betriebe befürchten laut Umfrage Verluste im laufenden Jahr; weitere 28,4 Prozent wissen es noch nicht. Nur ein Drittel blickt optimistisch auf die kommenden Monate.



Fritz Engelhardt, Vorsitzender des DEHOGA Baden-Württemberg

Das ist alarmierend - und zeigt, wie dringend notwendig strukturelle Verbesserungen sind.

### Steuergerechtigkeit: 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen als Meilenstein

Ein echter Befreiungsschlag wäre die von der Bundesregierung geplante Senkung der Gastro-Mehrwertsteuer auf Speisen zum 1. Januar 2026. Die einheitliche Besteuerung von Essen mit 7 Prozent bedeutet die längst überfällige Stärkung der Betriebe im harten Wettbewerb mit Lieferdiensten, Essen To Go und Fertiggerichten aus dem Handel, die seit jeher 7 Prozent haben. Hier geht es um Steuerfairness und Gleichbehandlung. Für unsere Branche, in der 87 Prozent der Betriebe weniger als zehn Beschäftigte haben, ist das ein Beitrag zur Existenzsicherung.

Diese Entlastung ist überfällig, denn die Branche steht auch kostenseitig mas-



siv unter Druck. Die Kosten für Energie, Lebensmittel und Personal sind massiv gestiegen. Der Mindestlohn wird zum 1. Januar 2026 auf 13,90 Euro erhöht, ein Jahr später auf 14,60 Euro. In klassischen Restaurants liegen die Personalkosten oft bei mehr als 40 Prozent, der Wareneinsatz bei mehr als 30 Prozent. Hinzu kommen die Kosten für Energie, Versicherungen und Gebühren. So sind die Arbeitskosten seit 2022 um 34,4 Prozent gestiegen (4. Quartal 2024 gegenüber Januar 2022) sowie die Lebensmittelpreise um 27,1 Prozent, alkoholfreie Getränke um 33,7 Prozent, alkoholische Getränke um 17,9 Prozent und Energie um 27,6 Prozent (jeweils Juli 2025 gegenüber Januar 2022).

Richtige Rahmenbedingungen: damit alle profitieren

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Jetzt braucht es die richtigen Rahmenbedingungen für die touristischen Hauptleistungsträger aus dem Gastgewerbe, damit der Tourismus auch für die Zukunft gestärkt wird. Daher ist es so wichtig und wertvoll, dass die Union sich so stark für dauerhaft 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen ab 2026 eingesetzt hat und auch weiter einsetzt. Denn Gastronomie und Hotellerie sichern standortgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze, stärken regionale Wirtschaftskreis-

läufe und bieten Chancen, von denen auch andere Branchen profitieren. Mit 374.000 Vollzeit-Äquivalenten und knapp 26 Milliarden Euro Jahresumsatz gehört der Tourismus schon heute zu den Leitökonomien in Baden-Württemberg.

Aber es sind nicht nur die Zahlen, die für die Stärkung des Hotel- und Gaststättengewerbes sprechen, sondern auch weiche Faktoren, wie die hohe Bedeutung der Branche für attraktive Innenstädte, für Lebensfreude, Kommunikation und kulinarischen Genuss. Ein starkes, vielfältiges Gastgewerbe fördert den sozialen Zusammenhalt und repräsentiert ein Stück Heimat und Kultur. Wer unsere Betriebe stärkt, stärkt also auch die Lebensqualität in Stadt und Land.

### Was sich ändern muss: Bürokratieabbau und mehr Flexibilität

Zu der notwendigen Verbesserung von Rahmenbedingungen gehört – auch in unserer Branche – der Abbau von überflüssiger Bürokratie. Sie kostet nicht nur Zeit und Geld, sondern belastet und entmutigt gastgewerbliche Unternehmerinnen und Unternehmer.

Ein Fortschritt auf dem schwierigen Weg des Bürokratieabbaus ist der Entwurf für ein neues Landesgaststättengesetz, der im Rahmen der "Entlastungsallianz Baden-Württemberg" unter aktiver Mitwirkung unseres Verbandes, des DEHOGA Baden-Württemberg, entstanden ist. Der Wegfall des komplizierten Konzessionsverfahrens wird unsere Branche landesweit nicht nur um rund zehn Millionen Euro pro Jahr entlasten, sondern auch Betreiberwechsel und Nachfolgeregelungen erleichtern – ein entscheidender Punkt angesichts der bevorstehenden 4.000 Betriebsübergaben in den kommenden fünf Jahren.

### Zukunft gestalten: Nachfolge sichern

Die Übergabe von Betrieben ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Sie gelingt nur, wenn wirtschaftliche Rahmenbedingungen stimmen und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer im Gastgewerbe sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu brauchen sie verlässliche, mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen – und eine Politik, die ihnen den Rücken stärkt.

Fritz Engelhardt, dehogabw.de



### Die Zeit drängt

Deutschland steckt nach zwei Jahren Rezession als größte Volkswirtschaft der EU und als drittgrößte der Welt in einer handfesten Standortkrise. Die Arbeitslosenquote ist auf 6,7 Prozent gestiegen - und das trotz hunderttausender unbesetzter Stellen, auch aufgrund der demografischen Entwicklung. Gleichzeitig haben wir die höchsten Arbeitskosten weltweit und sind Weltmeister bei Krankschreibungen und bezahlten Krankheitstagen. Mit einer Sozialabgabenquote von 42 Prozent bei steigender Tendenz - im Vergleich zu 26,7 Prozent in den USA oder sage und schreibe 19 Prozent in Südkorea - droht der Standort weiter an Attraktivität einzubüßen.

Wir befinden uns mittlerweile in einer neuen Zeit: Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtachsen haben sich weltweit verschoben. Nicht mehr der Atlantik, sondern der Pazifik ist das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft. Heute entstehen zwei Drittel des Bruttosozialprodukts dort, wo auch zwei Drittel der Menschen leben. Länder wie China holen auf - und überholen.

Umso wichtiger ist es, dass Deutschland wieder auf den Pfad von Leistung, Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit zurückfindet. Eine Kernsanierung des Staates war im Wahlkampf versprochen und dazu ist es jetzt auch höchste Zeit, so auch der einstimmige Tenor mehrerer Geschäftsführer mittelständischer Weltmarktführer, die ich im Rahmen meiner Sommertour besucht habe. Klar ist: Der Mittelstand - der Herzmuskel unserer Sozialen Marktwirtschaft - ist unser Joker im globalen Standortpoker. Doch dieser Joker kann langfristig nur stechen, wenn der Standort endlich wieder zukunftsfähig aufgerüstet wird.

Den politischen Ankündigungen und Worten müssen daher nun endlich auch Taten folgen, denn es ist entscheidend, die Stimmung jetzt wirklich zu drehen. Wirtschaft ist nämlich nicht nur eine Frage von Zahlen, sondern hat auch



Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

eine psychologische Komponente, wo es um Vertrauen, Zuversicht und Aufbruchsspirit geht.

Ein alleiniges Allheilmittel wird es dabei nicht geben, sondern es handelt sich, wie bei einem Mosaik, um ein Puzzle, bei dem erst viele einzelne Steinchen zusammen ein Bild ergeben: "Bauteilchen" hierbei Notwendige wären etwa: Keine weiteren Mindestlohnerhöhungen, ein umfassender Bürokratieabbau oder eine wirkungsvolle Senkung der Energiekosten. Auch Steuerentlastungen müssten rasch erfolgen – ein sachlicher Grund, dies erst 2028 zu tun, ist schwerlich zu finden. Im Anschluss an die Analyse des ZEW müsste zudem auch die zunehmend ausufernde Subventionspolitik intensiv beleuchtet werden. Wir brauchen auch hier kluge Veränderungen, und zwar schnell. Deutschland wird sich nicht leisten können, im Mittelmaß stecken zu bleiben.

Der beschlossene Gesetzesentwurf zum Bundestariftreuegesetz hingegen wird vor allem weitere Bürokratie und damit zusätzliche Kosten und Hürden für kleine und mittlere Betriebe bedeuten. Dass es im Vergaberecht aber auch anders geht, hat das Land Baden-Württemberg vorgemacht, indem es den Schwellenwert für vergabefreie Direktaufträge



auf 100.000 Euro angehoben hat – im Vergleich zu bescheidenen 15.000 Euro auf Bundesebene.

Vor allem aber wird es Ehrlichkeit brauchen: "Wir werden staatliche Leistungen kürzen, Eigenverantwortung stärken und mehr Eigenleistung einfordern müssen" –dieses Zitats, das nicht etwa von Friedrich Merz, sondern von Gerhard Schröder aus seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 vom 14. März 2003 stammt, hat mit seiner darin beschriebenen Trias als Grundlage einer umfassenden Sozialreform auch 22 Jahre später nichts an Aktualität verloren.

Im Gegenteil: Eine Staatsquote von 50 Prozent oder ein Sozialausgabenanteil von 31,7 Prozent des BIP machen deutlich: Der Staat verteilt immer mehr, als dass er ermöglicht. Dabei sollten, anstatt als paternalistischer Staat auf jede neue Herausforderung mit Regeln, Subventionen und Umverteilungsrufen zu

reagieren, im Geiste Ludwig Erhards vielmehr Freiräume eröffnet und Anreize zur Leistungsbereitschaft gegeben werden. Denn Wohlstand entsteht nicht durch Bevormundung und Umverteilung, sondern durch Fleiß, Leistung und Verantwortung.

Kanzler Merz hat zutreffend analysiert, dass der Sozialstaat, den wir heute haben, mit dem was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar ist. Auch wenn Ministerin Bas dies gerne in Vulgärsprache leugnen mag: Berlin hat hier im Grunde kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Der vollmundig auserkorene "Herbst der Reformen" darf daher nicht nur ein Schlagwort bleiben, sondern muss mit mutigen Taten gefüllt werden. Denn unser Mittelstand braucht Verlässlichkeit, Vertrauen, Stabilität und Flexibilität!

Apropos Flexibilität: Die Flaggschiffe unserer Wirtschaft sind immer noch der Fahrzeug- und Maschinenbau und hier werden wir nur mit Innovation und Invention gewinnen können. Ein gutes Beispiel hierfür wurde kürzlich auf der IAA in München präsentiert, wo die baden-württembergische Firma Mahle ein neues Range Extender System als neuen Motor der E-Mobilität vorstellte. Das System besteht aus einem besonders effizienten Hochvoltgenerator, der von einem kompakten Verbrennungsmotor angetrieben wird und damit eindrucksvolle Reichweiten von 1.350 km pro Batterieladung ermöglicht. Der Generator kann ohne Seltene Erden gefertigt werden, der Motor wurde für den Betrieb mit klimafreundlichen Kraftstoffen entwickelt. Ich bin überzeugt: Auf diesem Weg und mit einem richtigen Spirit der Innovations- und Technologieoffenheit werden wir die Zukunft wieder für uns entscheiden können.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL, wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de





DIE GENERALPLANER FÜR TECHNISCHE GEBÄUDEAUSRÜSTUNG.







### **MOHR SOLUTIONS INGENIEURE GMBH**

Esslinger Straße 10 | 73037 Göppingen | info@mohrsolutions.de

### Wettbewerbsfähigkeit, mehr Freiheit und Eigenverantwortung, weniger Bürokratie





Reform der Sozialsysteme

Rudolf Gänzle, Vorsitzender der MIT KV Esslingen

Dr. Gisela Meister-Scheufelen, stellv. Vorsitzende der MIT KV Esslingen

Ohne Reform der Sozialsysteme drohen steigende Staatszuschüsse, höhere Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wachsende Verschuldung und sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss das Steuerrecht gerechter gestaltet und Personen- und Kapitalgesellschaften gleichbesteuert werden. Ab 2026 sollten, wie in Großbritannien, Spanien, Griechenland und Frankreich drei Karenztage eingeführt werden, um die Kosten und die Krankheitsquote zu senken. Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt werden auf 0,5 %

pro Monat erhöht, und Tariffragen bleiben ausschließlich Angelegenheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen ohne staatliche Eingriffe. Bei Betriebsvermögen bleibt die Steuerbefreiung im Erbfall zehn Jahre bestehen, sofern keine Privatentnahmen erfolgen, und nicht entnommene Gewinne werden bei allen Gesellschaftsformen gleich besteuert.

### Intelligente Ladelösungen für die Elektromobilität **MCHARGER Wallbox** mrs-electronic.com

### Entbürokratisierung

Trotz politischer Zusagen entsteht immer neue unnötige Bürokratie. Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft liegen inzwischen bei über 65 Mrd. Euro. Während der Ampelregierung sind sie allein um 9,7 Mrd. Euro gestiegen. Von den Familienunternehmen wird die Bürokratiebelastung als der größte Wettbewerbsnachteil angesehen, noch vor den Kosten und dem Fachkräftemangel (Ifo-Institut). Notwendig ist deshalb eine grundlegend neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur und innerhalb der Legislaturperiode bis 2029 ein signifikanter Rückbau der Bürokratiekosten. Sehr zu begrüßen ist, dass sich die Bundesregierung vorgenommen hat, 25% der Bürokratiekosten (netto) zu senken. Dies sind über 16 Mrd. Euro - ein kostenloses Konjunkturprogramm. Folgende konkrete Maßnahmen könnten den Turnaround einleiten:

#### Kulturwandel

Trotz vier Bürokratieentlastungs-Gesetzen ist es nicht gelungen, bei Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und Legisten ein Bewusstsein und ein Verständnis für den Verzicht und den Rückbau von unnötigen bürokratischen Anforderungen zu schaffen.

- · Gesetze müssen von einer unternehmensbezogenen Ermöglichungskultur getragen sein. Gesetze müssen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken. Sie dürfen sie nicht schwächen.
- Der Gesetzgeber muss sich sowohl für die Vorbereitung eines Gesetzes als auch für das Verfahren selbst ausreichend Zeit. nehmen ("Zeit für Qualität")
- Ein Kompetenzzentrum Legistik soll eine umfassende Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte in den Ministerien organisieren, bei der Zertifikate erworben werden können. Die Zertifikate sollen ein wichtiger Kompetenznachweis für Gute Rechtsetzung sein.
- Die Qualifizierung soll sowohl von Bundeseinrichtungen als auch der gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer durchgeführt werden.
- Die Curricula der Ausbildung von Juristen und Verwaltungswissenschaftlern müssen um die Themen der Bürokratievermeidung und der Qualität von Gesetzgebung ergänzt werden.

- Die Bundesregierung soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Forschungsnetzwerk für Gute Gesetzgebung und Bürokratieabbau nach dem Vorbild des Netzwerks des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen eingerichtet wird.
- Jährlich sollen auf Bundesebene Wettbewerbe durchgeführt werden, bei denen Preise für Gute Gesetzgebung vergeben werden.

### Instrumente der Bürokratievermeidung und des -abbaus

- Es soll ein Bürokratiefilter eingeführt werden, der in einem (KI-gestützten) Leitfaden Prüffragen auflistet, die unnötige Bürokratie identifizieren und vermeiden lassen. In den Leitfaden werden alle anderen wichtigen Check-Listen (Digitalcheck etc.) integriert.
- Neue Bürokratieanforderungen müssen begründet werden.
- Es wird sichergestellt, dass die Stichhaltigkeit der Begründung für neue Bürokratie durch das BMDS und den Nationalen Normenkontrollrat zu einem frühen Zeitpunkt geprüft und adressiert wird.
- · Ressortintern soll eine zentrale Kompetenzstelle für Bürokratievermeidung eingerichtet werden.
- Es werden durchgehende Praxistests verbindlich eingeführt. Vertreter des

- Fachressorts, der vollziehenden Behörden und betroffener Unternehmen werden am Praxischeck beteiligt. Die Wirtschaftskammern werden aufgefordert, Unternehmenspools einzurichten, deren Vertreter kurzfristig eingebunden werden können.
- Das Statistische Bundesamt soll im Auftrag der Bundesregierung die tatsächliche quellenunabhängige Bürokratiebelastung einzelner Branchen (z. B. Maschinenbau, Bäckerhandwerk, Bauunternehmen) ermitteln. Dazu werden bereits eingeführte freiwillige Surveys genutzt. Es erfolgt ein jährliches Monitoring. Der jeweilige Belastungsgrad wird bei neuen geplanten Bürokratiebelastungen berücksichtigt und ausgewiesen.
- Für den Bürokratierückbau (25 % der Kosten) beauftragt die Bundesregierung Gutachter mit der systematischen (KI-gestützten) Überprüfung der Bürokratielasten nach den Kriterien des Bürokratieleitfadens und lässt Entbürokratisierungsvorschläge erarbeiten. Die Gutachter werden beauftragt, diese Vorschläge mit den Ressorts zu erörtern und deren eventuelle Gegenargumente in das Gutachten aufzunehmen.

Rudolf Gänzle. Dr. Gisela Meister-Scheufelen, info@mit-esslingen.de, mit-esslingen.de

### Kunststoffverarbeitung **PLEXIGLAS®**

### Könner in Kunststoff

Ihr Spezialist für individuelle Einzelteile und Serien aus Plexiglas und anderen technischen Kunststoffen









MARTIN FINK GmbH & Co. KG = Riedweg 57 = 89081 Ulm = Tel. 0731/4070 5860 = info@fink-plexiglas.de

www.fink-plexiglas.de



# **Zuversicht entsteht** durch klare Wege

Ich bin mit 19 Jahren ein ungewöhnlich junger Geschäftsführer. Wäre ich nicht im Familienunternehmen groß geworden und hätte damit fast 125 Jahre Unternehmensgeschichte geerbt, dann würde ich es für nahezu unmöglich halten, ein solches Unternehmen heute in Deutschland neu aufzubauen. Die Rahmenbedingungen stimmen nicht mehr!

Die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands ist schnell erklärt - wie aus jedem Schulbuch: stagnierende Aufträge, niedrige Auslastung, hohe

Lagerbestände. Wir liegen klassisch irgendwo zwischen Rezession und Depression. Die Nachfrage ist aktuell ruhig. Die Stimmung ist etwas schlechter als im Vorjahr, weil viele Betriebe unter steigenden Kosten und sinkender Planungssicherheit leiden.

Die entscheidende Frage lautet: Wie lange dauert die Talfahrt? Wer durchhält, hat später die Chance, im Aufschwung gestärkt hervorzugehen. Gerade in ruhigeren Zeiten lassen sich Strukturen und Strategien leichter neu ausrichten. Wir

als traditionsreiches Unternehmen nutzen genau diese Spielräume.

Trotzdem verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für den Produktionsstandort Deutschland seit Jahren. Damit meine ich nicht den Mindestlohn. Der ist in einem Sozialstaat notwendig und – solange er von der Mindestlohnkommission beschlossen wird - gerechtfertigt. Problematisch wird es, wenn politische Entscheidungen Erhöhungen über die Empfehlung hinaus erzwingen. In lohnintensiven Betrieben wie unserem führt das zu massiven Preiserhöhungen. Importierte Produkte bleiben davon unberührt. Das Ergebnis: Deutschland stagniert, das Ausland profitiert.

Noch gravierender ist die Flut an Vorschriften, die Unternehmer trifft. 2025 könnte ich dieses Unternehmen nicht mehr neu gründen - nicht, weil ich keinen Gewerbeschein ausfüllen kann oder kein guter Verkäufer wäre. Sondern weil ich mich heute durch einen Berg an Vorgaben kämpfen müsste: von Barrierefreiheit über Verpackungsregister, Arbeitsstätten- und Brandschutzauflagen bis hin zu Nachweisgesetz, DSGVO und Energiewirtschaft. Jede dieser Regelungen mag für sich genommen nachvollziehbar sein - in der Masse aber ist es für kleine und mittlere Unternehmen unmöglich, den Überblick zu behalten. Jeden Tag kommen neue Pflichten hinzu. Wer das alles im Griff haben will, braucht entweder teure Experten oder geht ein erhebliches Risiko ein. Beides bremst Innovation und Wachstum.

Dabei wird ein entscheidender Grundsatz des Sozialstaates unterlaufen: der Schutz des Wettbewerbs. Bürokratie und Überregulierung bevorteilen große Marktteilnehmer, die eigene Rechts- und Compliance-Abteilungen finanzieren können. Kleinere Betriebe geraten dagegen ins Hintertreffen. So entstehen faktisch Oligopole oder Monopole, die die Marktbedingungen diktieren und damit am Ende auch den Verbraucherschutz schwächen.

Hinzu kommt, dass durch neue Vertriebskanäle, wie Temu oder ähnliche Plattformen, Produkte aus Ländern auf unseren Markt gelangen, in denen völlig andere Rahmenbedingungen gelten. Dort greifen weder vergleichbare Sozialnoch Umweltstandards, und trotzdem können diese Waren ohne größere Hürden oder Zölle importiert werden. Für deutsche Mittelständler, die hierzulande jeden Standard und jede Vorschrift erfüllen müssen, bedeutet das einen massiven Wettbewerbsnachteil.

Wir sind ein produzierender Textilveredelungsbetrieb und Fachhändler für starke Marken wie HAKRO und Olymp. Seit fünf Generationen steht Seifert für Qualität, Verlässlichkeit und individuelle Lösungen. Unsere Kunden - vom Industrieunternehmen bis hin zu Handwerksbetrieb - schätzen nicht nur unsere hochwertigen Stick- und Druckverfahren, sondern auch die große Auswahl an Corporate Fashion und Arbeitskleidung. Aber genau solche mittelständischen Strukturen, die über Jahrzehnte dieses Land getragen haben, geraten immer stärker unter Druck. Umso wichtiger ist es, neue Ideen und Geschäftsmodelle nicht mit Bürokratie zu erdrücken, sondern so einfach wie möglich zu fördern.

Damit sich die Stimmung verbessert, braucht es klare politische Entscheidungen. Leistung und Arbeit müssen sich wieder lohnen. Es reicht nicht zusagen, dass wir mehr arbeiten müssen. Es geht darum, dass die belohnt werden, die mehr leisten - und dass echte Anreize geschaffen werden, Verantwortung zu übernehmen. Zusätzlich braucht es eine spürbare Entlastung bei Vorschriften, besonders für kleine und mittelständische Unternehmen, die weder eigene Rechtsabteilungen noch externe Berater finanzieren können.

Wir wünschen uns mehr Unterstützung durch eine Stärkung des inländischen Marktes. Wenn der Binnenmarkt wächst, steigen auch Zuversicht und Investitionsbereitschaft. Für die Zukunft muss gelten: weniger Bürokratie, faire Wettbewerbsbedingungen und mehr Mut, Leistung zu belohnen. Nur so bleibt Deutschland ein Land, in dem Unternehmen entstehen und wachsen können.

Bastian Seifert. info@stickerei-seifert.de, stickerei-seifert.de



### Die Zukunft ist kein Trend, sie ist ein Umsturz!



Ich schreibe hier als Unternehmer, der in den vergangenen Jahrzehnten viele Höhen und Tiefen erlebt hat. Wir alle kennen Erfolge, wir alle kennen Rückschläge. Aber was wir gerade erleben, das ist größer als jede Krise zuvor. Es ist nichts weniger als die größte Transformation seit der Industrialisierung.

Technologien und ganze Branchen, in denen wir einst Weltspitze waren, brechen uns unter den Füßen weg. Politische Entscheidungen reißen ganze Wertschöpfungsketten mit sich. Der Mittelstand, unsere Zulieferer, unsere Dienstleister, sie alle spüren den Druck. Und dieser Druck wird weiter zunehmen.

Lars Otto, hat 1996 Orgatech gegründet, dabei auch Kunden wie die FIA für die Formel 1 und im Fußball auch UEFA oder FIFA als Kunden gehabt. Heute berät er die nächste Otto Generation beim Verleih von Mobiliar für Events, Messen und Konzerte, übernimmt Interimsmanagements und kümmert sich intensiv um Künstliche Intelligenz.

Arbeitsplätze verschwinden, Existenzen stehen auf dem Spiel. Das trifft nicht nur die Industrie, es trifft uns alle, bis hinein in Bereiche wie Messen, Events, ja, bis in den Kern unserer Gesellschaft.

Und ich sage es klar: Was das für unsere Demokratie bedeutet, ist eine Frage, die wir uns stellen müssen. Denn wenn wirtschaftliche Stabilität wankt, dann wankt auch gesellschaftliche Stabilität.

Ich erinnere mich gut an das Jahr 1996. Damals kam ich voller Energie aus den USA zurück, mit dem Spirit, hier in Deutschland etwas zu bewegen. Es war keine einfache Zeit, aber es gab einen gemeinsamen Willen: Wir Unternehmer, unsere Mitarbeiter, die Banken, das Umfeld, wir alle packten gemeinsam an. Wir wollten gestalten, wir wollten vorankommen.

Heute fehlt uns gefühlt dieser Spirit oft. Stattdessen sehen wir immer neue Auf-



lagen, immer neue Krisen, immer neue Hürden. Aber eines bleibt: Nichts ist so beständig wie der Wandel.

Und jetzt stehen wir vor dem vielleicht entscheidenden Wandel überhaupt: der künstlichen Intelligenz.

Freunde, wer jetzt nicht auf KI setzt, wer glaubt, es ginge irgendwie ohne, der wird den Kostendruck und die Geschwindigkeit der globalen Konkurrenz nicht überstehen. Arbeitsplätze werden verschwinden und zwar schneller, als wir es auffangen können. Vermögen, welches über Generationen aufgebaut wurden, drohen zu zerfallen. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sehen sich plötzlich ohne Perspektive.

Aber, und das ist die gute Nachricht, im Wandel steckt auch eine riesige Chance.

Neue Berufe entstehen. Tätigkeiten mit Sinn, mit Menschlichkeit, mit Nähe. Betreuung, Pflege, Bildung, all das wird wichtiger. Und gleichzeitig gilt: KI wird unser Leben durchdringen. LKWs fahren bald autonom, Security wird digital, Maschinen denken selbst. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten.

Die Frage ist: Wollen wir in Deutschland Zuschauer sein oder Gestalter?

Wir haben die Stärken. Wir haben den Mittelstand, wir haben den Erfindergeist, wir haben die Menschen, die anpacken. Aber wir brauchen Tempo. Wir brauchen Transparenz. Wir brauchen Mut.

Und genau deshalb brauchen wir ein Gesicht für diesen Wandel.

Eine Bewegung, die sichtbar ist, die hörbar ist, die kraftvoll nach draußen geht. Nicht als Lippenbekenntnis, sondern als klare, laute Stimme, getragen durch die Umlagen unserer Unternehmen. Finanziert von uns, den Unternehmern, die Zukunft gestalten wollen. Medial stark, brachial, unüberhörbar.

Denn nur so schaffen wir es, die Menschen mitzunehmen. Nur so schaffen wir es, Hoffnung zu geben statt Angst. Nur so zeigen wir: Deutschland kann Wandel.

Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Weg gehen, dann entscheiden die nächsten zwei Jahre darüber, ob wir im Abseits stehen oder ob wir die Zukunft prägen. Stuttgart darf nicht das neue Detroit werden. Deutschland darf nicht auf der Zuschauerbank landen.

Also sage ich: Packen wir es an! Geben wir dem Wandel ein Gesicht! Lassen wir uns nicht treiben, sondern werden wir zum Treiber. Gemeinsam. Mutig. Laut. Und sichtbar.

Die Realität ist: Die Nachfrage in der Wirtschaft schrumpft massiv. Jeder spürt die Krise, in jedem Bereich! Die Stimmung verschlechtert sich zunehmend, und selbst unsere Demokratie gerät dadurch unter Druck.

Was jetzt zählt: Deutschland muss konsequent die Technologien stärken, in denen wir bereits führend sind oder wieder sein können und gleichzeitig neue Felder wie Künstliche Intelligenz und verwandte Bereiche aktiv fördern. Selbstständigkeit und Risikobereitschaft müssen sich wieder lohnen. Scheitern darf kein lebenslanges Stigma mehr sein, sondern muss als Teil von Fortschritt verstanden werden. Verwaltung muss effektiver und einfacher werden. Es liegt nicht an den Menschen, es liegt an den Abläufen und Statuten.

Natürlich braucht es dabei Balance und klare Rahmenbedingungen. Aber wir dürfen nicht länger zögern, die Zeit drängt massiv, es ist an der Politik diese Rahmenbedingungen nun zu schaffen. Gerne unterstützen wir vom MIT diese mit unserem geballten Know how aus Wirtschaft und Menschen. Meine Person eingeschlossen.

Lars Otto, lars.otto@pro-orgatech.com, orgatech.gmbh





### Leidenschaft für Präzision

GENTHNER SystemTechnologie begleitet seine Kunden vom Prototypen über die Großserie bis hin zum Ersatzteil und ist Systemlieferant von Spitzenherstellern im gehobenen Marktsegment der Medizintechnik.

Profitieren Sie von unseren hochwertigen Fertigungseinrichtungen, umfangreicher Qualitätstechnik sowie unserer langjährigen Erfahrung.

**GENTHNER SystemTechnologie GmbH**Gewerbestraße 40
75217 Birkenfeld-Gräfenhausen
Tel. +49 7082 79182-0 · info@genthner.com

www.genthner.com

### Stimmungsbarometer industrieller Mittelstand in Baden-Württemberg



### Was bewegt die Unternehmen wirklich?

Baden-Württemberg gilt als einer der stärksten Industriestandorte Europas. Nirgendwo sonst ist die Dichte an innovativen Mittelständlern, hochspezialisierten Zulieferern und global agierenden Familienunternehmen so groß. Doch wer mit Unternehmern und Führungskräften spricht, hört ein anderes Bild: Die Lage in den Betrieben ist deutlich schlechter, als Politik und Wirtschaftsexperten annehmen. Der Mittelstand steht unter massivem Druck – spürbar im Alltag, nicht nur in Zahlen.

### Automobilindustrie angeschlagen

Deutschland und insbesondere Baden-Württemberg sind das Land der individuellen Mobilität. Rund 70 % der Beschäftigten in der Automobilbranche arbeiten in Zulieferbetrieben viele davon hochspezialisiert in Nischen. Das drohende Verbrennerverbot hat bereits massiven Schaden verursacht: Im Jahr 2025 gingen bereits über 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren. Die Automobil- und Zulieferindustrie ist massiv angeschlagen. Hinzu kommen strategische Fehlentscheidungen der Konzerne, die von äußeren Einflüssen geprägt sind. Fast täglich wird über neue Insolvenzen aus der Lieferkette berichtet.

Jürgen Widmann ist Maschinenbauingenieur, Gründer der EVO Informationssysteme GmbH und unterstützt Industrieunternehmen in Europa bei der Digitalisierung. Er ist Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg.

### Umsatzeinbrüche, Stagnation, Schrumpfung

Die Umsatzprognosen in den Unternehmen sind überwiegend düster. Nur wenige Nischenbetriebe können noch positive Zahlen vorweisen. Die Regel sind Umsatzeinbrüche, Stellenabbau und der Kampf um die schwarze Null am Jahresende. Was soll da ein "Abschreibungsturbo" bringen, wenn die Mittel fehlen, um in neue Produkte oder den Standort zu investieren? Betriebe, die um ihre Existenz bangen, finden kaum Nachfolger - auch das ist eine zentrale Sorge des Mittelstands. Betriebsaufgaben werden daher weiter zunehmen. Die Folgen für die Steuereinnahmen werden zeitversetzt, ab 2026, sichtbar.

### Bürokratie und Regulierung als Arbeitszeitkiller

Ob DSGVO, Berichtspflichten oder branchenspezifische Auflagen - der administrative Aufwand bindet enorme Arbeitszeitressourcen, ohne Wertschöpfung zu erzeugen. Immer neue Vorgaben, die es außerhalb Europas oft gar nicht gibt, verursachen hohe Kosten und hemmen die Innovationskraft. Zeit, die für Entwicklung, Vertrieb oder Kundenbindung gebraucht würde, versandet in Formularen, Berichten und Arbeitszeiten von XYZ-Beauftragten.

### Energiekosten verschärfen Wettbewerbsdruck

Die Energiekosten sind ein enormer Wettbewerbsnachteil. Bei einem Automobilzulieferer stiegen sie 2024 für einen Kunden um 200.000 Euro – ohne Möglichkeit, diese Mehrkosten an den Hersteller weiterzugeben. Mittelständler zahlen in Deutschland aktuell rund doppelt so viel für Strom wie Wettbewerber in den USA. Besonders energieintensive Branchen verlieren Planungssicherheit und stoppen Investitionen. Folge: Stahl- und Chemieindustrie drohen aus Kostengründen abzuwandern. Wasserstoff ist mindestens drei Mal so teuer wie Gas. Der politische Plan, die Industrieproduktion mit grünem Wasserstoff zu sichern, wird so nicht aufgehen. Jede Subvention endet irgendwann und wenn die Realität der Marktwirtschaft zuschlägt, droht der Kahlschlag.

#### Arbeit muss belohnt werden

Heute entfallen in Deutschland rund 50% der Arbeitskosten auf Steuern und Abgaben. Während Arbeitnehmer netto kaum profitieren, steigen die Bruttokosten für Unternehmen weiter. Wenn ein Unternehmer 100 Euro in eine Gehaltserhöhung investiert, kommen beim Mitarbeiter bei Durchschnittsverdienst nur etwa 33 Euro an. Steigende Zusatzbeiträge der über 90 Krankenkassen verteuern die Arbeitskosten zusätzlich und schmälern das Netto.

### Handlungsdruck -Politik und Mittelstand enger verzahnen

Das Stimmungsbarometer der mittelständischen Industrie zeigt unmissverständlich: Es braucht konkrete Maßnahmen statt wohlklingender Absichtserklärungen.

- Bürokratieabbau: weniger Berichtspflichten, praxisnah und unternehmerfreundlich.
- Verlässliche Energiepolitik: Planungssicherheit für langfristige Investitionen.
- Faire Besteuerung von Leistung: Mehr Netto für mehr Arbeit, insbesondere für Unternehmer und hochqualifizierte Beschäftigte.
- Standortsicherung durch Branchenvielfalt: Automobilindustrie zukunftsfähig machen und Chancen im Bereich Rüstungstechnologie nutzen.

Auch die Besteuerung von Mehrarbeit ist ein Ärgernis: Wer 100% oder mehr arbeitet - Unternehmer, außertariflich Beschäftigte, Führungskräfte - wird steuerlich eher bestraft als belohnt. Steuerfreiheit auf Überstundenzuschläge ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Gerechter wäre eine Besteuerung, die das Arbeitspensum berücksichtigt: Wer mehr Lebenszeit in Arbeitszeit investiert, sollte auch mehr Netto vom Brutto behalten. Das wäre echte Wertschätzung von Arbeitsleistung.

#### **Arbeitswelt im Umbruch**

Viele Großunternehmen sind durch Betriebsvereinbarungen regelrecht "geknebelt" - Entlassungen sind kaum möglich, daher wird Arbeitszeit reduziert. Was für Konzerne ein Puffer ist, wirkt





Wenn etwas richtig gut in einem System funktionieren soll, dann ist es oft maßgeschneidert. So wie unsere Beiträge zu zahllosen Innovationen für zuverlässige Elektrotechnik in Automobilen und Gebäuden, die auf den Punkt abliefert. Aus Wehingen für die Welt.

gruner.de

im Mittelstand wie ein Brandbeschleuniger: Arbeitskräfte sind in Großbetrieben gebunden, fehlen aber in Zulieferketten.

Zwar wird von "Rente mit 67" gesprochen, doch Frühverrentung und Altersteilzeit sind weiterhin möglich. Bereits heute sind über 20% der Beschäftigten in Baden-Württemberg älter als 55 Jahre – Tendenz steigend. Gehen erfahrene Fachkräfte frühzeitig, reißen sie Lücken in Erfahrung und Kompetenz, die kaum zu schließen sind, da entscheidendes Wissen in den Köpfen steckt.

Ausblick –
es ist noch nicht alles verloren

Die Folgen sind erkennbar: Arbeitsplatzverluste, Kompetenzabwanderung, Investitionsverschiebungen. Immer mehr Betriebe verlagern Produktion ins Ausland. Arbeitsplätze, die verloren gehen, kommen nicht zurück. Der Mittelstand, über Jahrzehnte Garant für Wohlstand und Beschäftigung, droht seine Basis zu verlieren.

Doch es gibt auch eine gute Nachricht: Viele Ursachen sind hausgemacht – und könnten mit Mut und Entschlossenheit korrigiert werden. Politik und Mittelstand müssen gemeinsam bessere Entscheidungen treffen. Überbordende Auflagen gehören

Energie ist zu teuer



Unsere innovativen Lüftungsgeräte mit Wärmerückgewinnung stehen seit Jahrzehnten für Qualität und Effizienz – entwickelt für Industrieunternehmen, die auf nachhaltige Technik und klare Wirtschaftlichkeit setzen.

heliosventilatoren.de



ausgesetzt oder abgeschafft, neue Belastungen verhindert. Baden-Württemberg hat die Kompetenz, durch gezielte Vernetzung der Unternehmen eine starke Rüstungsindustrie aufzubauen. Maschinenbau, Metallverarbeitung und Elektronik liefern dafür das Fundament. Die Fähigkeiten sind vorhanden – jetzt gilt es, sie gemeinsam zu nutzen.

### Schlusswort – Mittelstand als Gradmesser der Zukunft

Der Mittelstand in Baden-Württemberg ist nicht nur Rückgrat der Wirtschaft, sondern auch Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Stimmungslage zeigt: Es ist höchste Zeit zu handeln. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen Verantwortung übernehmen, damit Baden-Württemberg auch morgen ein starker, innovativer und wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt.

#### Zahlen aus 2024 / 2025

- 2024: Deutschland 14,8 Fehltage pro Person im Jahr (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- 2024: Deutschland -1.331 Arbeitsstunden pro Mitarbeiter; OECD-Schnitt 1.736 Std. (Quelle: OECD)
- 2025: Industriestrompreis: USA 9ct/kWh (Quelle: eia) Deutschland 18ct/kWh (Quelle: SMARD)
- Halbjahr 2025: 100.000 Industriejobs verloren (Quelle: EY)

### Insolvenzen in Baden-Württemberg

- Hüller Hille GmbH
- Illig Packaging Solutions GmbH
- · Manz AG
- Reiff Technische Produkte GmbH
- Werkzeugbau Laichingen GmbH

MIT Ostalb, Stellvertretender Kreisvorsitzender MIT Ostalb, mit-ostalb.de

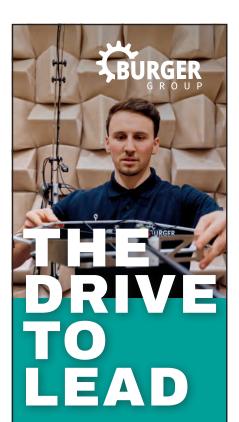


Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann wurde von den Delegierten des 17. Bundesmittelstandstages in Köln für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Sie erhielt rund 70% der Stimmen: Von 422 gültigen Stimmen (ohne Enthaltungen) entfielen 294 auf Gitta Connemann und 128 auf ihren Gegenkandidaten Andreas Ritzenhoff. Die Parlamentarische Staatssekretärin im BMWE und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung Connemann bekleidet das Amt der MIT-Bundesvorsitzenden seit 2021.

Der Bundesmittelstandstag ist das oberste Entscheidungsorgan der MIT. Er findet alle zwei Jahre statt.

Juliane Berndt (Leiterin Kommunikation). berndt@mit-bund.de, mit-bund de





### **IHR KOMPLETT-ANBIETER IN SACHEN KUNDEN-SPEZIFISCHER** LÖSUNGEN

Als einer der führenden Systempartner liefern wir für Ihre Anwendung eine individuelle und ganzheitliche Lösung: Von der ersten Idee bis zur Serienfertigung in Metall, Kunststoff oder als komplettes mechatronisches System. Wir begleiten Sie mit unserem KnowHow aus über 165 Jahren Erfahrung in der Antriebstechnik.

### **BURGER-**GROUP. COM

### **Unsere Vertreter** in Berlin herzlichen Glückwunsch zur Wahl

STELLV. **BUNDESVORSITZENDE** 

**BEISITZER** 



**Ruth Baumann** Bezirk Südbaden



Dr. Gerd Gaiser MIT Reutlingen

**BEISITZERIN** 

BEISITZER



**Inka Sarnow** MIT Karlsruhe-Stadt



**Markus Schindele** MIT Calw-Freudenstadt



### 2. MIT-Mittelstandsforum

Do, 23. Oktober 2025, 18:30 Uhr Gapp Holzbau (Ulmerstraße 25, 89614 Öpfingen)

Einlass ab 17 Uhr mit Vesper, Bier und der Veteranenkapelle Allmendingen





### Bürokratieabbau jetzt!

MIT Mannheim zu Gast an der Bergstraße

# Odenwälder Kochkäserei



Kochkäse für den Kreisvorsitzenden Alexander Fleck.

Seit vielen Jahren wird die Freundschaft bei den MIT Kreisverbänden Mannheim und der hessischen Bergstraße über Landesgrenzen hinweg gepflegt. Hierzu gehören auch die gegenseitigen Einladungen zu den jeweiligen Veranstaltungen. Und so luden die Freunde der MIT Bergstraße erneut zum Sommerfest ein; doch diesmal nicht auf den Lampertheimer Nibelungenhof, sondern nach Fürth in die Kochkäserei der Firma Rettig.

Bekannt für den Kochkäse: Zu Gast bei der Fa. Rettig.

Sichtlich stolz berichtete Seniorchef Frank Rettig nicht nur von der Geschichte des Familienbetriebes, den er bereits an die nächste Generation übergab, sondern führte die Anwesenden in die Kunst der Herstellung der hessisch-fränkischen Spezialität ein.

Doch bevor die Köstlichkeit probiert werden konnte, begrüßte der Kreisvorsitzende der MIT Bergstraße, Landrat a.D. Matthias Wilkes, die Anwesenden. Natürlich ging er hierbei in seinen einführenden Worten auch auf die Bundespolitik ein und kritisierte die mangelnde Unterstützung des Mittelstandes durch die Bundespolitik.



MIT baut Brücken.

Christian Jöst, der neu gewählte Präsident der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar, rundete mit seinem Redebeitrag den programmatischen Teil ab. Insbesondere kritisierte er an plastischen Beispielen aus dem Alltagsleben seines eigenen Unternehmens die überbordende Bürokratie. Auswüchse wie z.B. das Lieferkettengesetz seien eine kaum stemmbare Mammutaufgabe für mittelständische Betriebe. Sein dringender Appell: Sofortiger Abbau der Bürokratie auf ein vernünftiges Mindestmaß. Eine Forderung, die bei den Mittelständlerinnen und Mittelständlern auf fruchtbaren Boden stieß.

Begleitet von den Klängen der Blütenweg Jazzer aus Bensheim und vielen Gesprächen galt die Aufmerksamkeit dem Verzehr des Kochkäses.

"Zu Gast bei der MIT Bergstraße zu sein, ist jedes Mal etwas Besonderes", so der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende Alexander Fleck, "wir sind das beste Beispiel, wie Mittelständler zusammenhalten. Und nur wenn der Mittelstand geschlossen steht, können wir unsere Forderungen in Stuttgart, Wiesbaden und Berlin durchsetzen. Denn wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es auch dem Land und den Menschen gut.

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender), alexander-fleck@t-online.de, mit-mannheim.de



MIT Mannheim zu Gast bei Freunden.





Christian Jöst (I.) mit Landrat a.D. Matthias Wilkes.



Die Blütenweg Jazzer spielen auf.

# Die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit

Der Vorstand des MIT Kreisverbandes Esslingen mahnt dringende Reformen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes an. Es ist fünf nach zwölf - Zitat aus der letzten Vorstandssitzung der MIT Kreisverband Esslingen!

Immer mehr Mittelständler unseres Kreisverbandes plagen Sorgen um die Existenz Ihrer Betriebe. Ohne Reformen drohen insbesondere höhere Sozialversicherungsbeiträge mit fatalen Folgen für die Betriebe und die Arbeitsplätze.

Der Vorstand des Kreisverbandes der MIT Esslingen hat deshalb folgenden Forderungskatalog zur teilweisen Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes an die Adresse der politischen Mandatsträger formuliert:

- 1. Zur signifikanten Reduzierung der Krankheitsquote und damit der Krankheitskosten werden ab 2026 die ersten 4 Krankheitstage auf den Urlaubsanspruch angerechnet.
- 2. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle muss in den ersten 6 Wochen um 10% auf 90% des Bruttoeinkommens reduziert werden.
- 3. Die Abschläge für einen vorzeitigen Renteneintritt werden auf 0,5% pro Monat (von bisher 0,3%) erhöht.
- 4. Fragen der Tarifbindung und Tarifpartnerschaft bleiben ausschließlich Sache der Arbeitgeber und der Arbeitnehmervertretungen. Jegliche Einflussnahme des Staates hierauf - und somit auch auf das Marktgeschehen - wird durch gesetzliche Regelungen zurückgenommen bzw. unterlassen.
- 5. Das Steuerrecht wird dahingehend reformiert, dass ab 2026 nicht entnommene Gewinne bei Personengesellschaften analog der für Kapitalgesellschaften geltenden Steuersätzen besteuert werden. Künftige Steuerentlastungen müssen gleichermaßen für beide Gesellschaftsformen Gültigkeit erlangen.
- 6. Altersbedingte Nachfolgeregelungen müssen attraktiv gestaltet werden, um Anreize für die Übernahme von Verantwortung für die junge Generation zu schaffen. Hierzu bedarf es einer Reform der Erbschaftssteuer auf betriebliches Vermögen mit der Folge der steuerlichen Befreiung, sofern das Eigenkapital durch Gewinnentnahmen mindestens 10 Jahre nicht geschmälert wird.
- 7. Bürokratieaufwendungen signifikant gesenkt und weiter belastende Gesetze und Verordnungen konsequent vermieden werden.



Rudolf Gänzle (Kreisvorsitzender), info@mit-esslingen.de, mit-esslingen.de



Winnenden-Bürg, 15. Juli 2025 - Die Mittelstandsund Wirtschaftsunion (MIT) Rems-Murr, eine Gliederung der CDU, hat bei ihrer Mitgliederversammlung im Restaurant "Schöne Aussicht" einen neuen Vorstand gewählt. Zur neuen Vorsitzenden wurde die Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp MdB gewählt. Unterstützt wird sie künftig von den stellvertretenden Vorsitzenden Verena Bund (Remsgold Chemie GmbH & Co. KG, Winterbach), Stefanie Rey (Siegfried Rey Betonwarenfabrik GmbH & Co. KG, Schorndorf) und Kevin Knöchel (HAKO Gebäudetechnik GmbH, Korb). Neuer Schatzmeister ist Dr. med. Jens Steinat, CDU-Direktkandidat für die Landtagswahl 2026 im Wahlkreis Backnang.

Christina Stumpp betonte in ihrer Bewerbungsrede die Bedeutung des Mittelstands für die Region: "Ein starker Mittelstand im Rems-Murr-Kreis liegt mir besonders am Herzen. Ich möchte frischen Wind in die MIT bringen und mich in Berlin dafür einsetzen, dass mittelständische Betriebe wieder Rückenwind erhalten. Der Abbau überbordender Bürokratie, bezahlbare

Energiepreise und eine leistungsfähige Infrastruktur sind meine politischen Schwerpunkte."

Auch der neue Schatzmeister Dr. Jens Steinat hob die Bedeutung von Entlastungen für den Mittelstand hervor: "Weniger Bürokratie bedeutet nicht nur effizienteres Wirtschaften, sondern kann auch die medizinische Versorgung stärken. Viele Krankenhausärzte scheuen heute den Schritt in die Niederlassung - auch wegen des bürokratischen Aufwands."

Der neue MIT-Vorstand hat sich vorgenommen, mit frischen Impulsen die Interessen des Mittelstands im Rems-Murr-Kreis noch stärker zu vertreten. Geplant sind neue Veranstaltungsformate, die Unternehmerinnen und Unternehmer aus Handwerk, Landwirtschaft, Gastronomie und dem Dienstleistungssektor enger miteinander vernetzen sollen.

Gunnar Härtling (Pressesprecher), gunnar.haertling@cduplus.de, mit-remsmurr.de



### Unternehmerlunch mit Caroline Bosbach MdB

am Freitag, 18. Juli 2025 bei der REMSGOLD Chemie **GmbH & Co. KG in Winterbach** 



Auf Einladung der neuen Vorsitzenden der MIT Rems-Murr, Christina Stumpp MdB, sowie von Christian Gehring MdL kam die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach MdB, am 18. Juli 2025 zum Unternehmerlunch in die Räume der REMSGOLD Chemie GmbH & Co. KG nach Winterbach. "Wir wollen den direkten Austausch zwischen Politik und Mittelstand fördern - dafür ist ein Format wie dieses Unternehmerlunch ideal", betonte Christina Stumpp zu Beginn. Ein herzliches Dankeschön galt der Familie Bund, die mit großer Gastfreundschaft den Rahmen für die Veranstaltung bot.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten zunächst spannende Einblicke in das Familienunternehmen REMSGOLD, das seit 60 Jahren Reinigungs- und Pflegeprodukte für den gewerblichen Einsatz herstellt und vertreibt. "Wir sind stolz darauf, als mittelständisches, eigentümergeführtes Unternehmen Kundenorientierung und Qualität in den Mittelpunkt zu stellen", erklärte die Geschäftsführung während der Unternehmensführung.

Im Anschluss folgten Impulse von Christina Stumpp, Caroline Bosbach und Christian Gehring. Dabei machten die Redner deutlich, wie dringend Reformen gebraucht werden. "Die hohen Energiekosten, die überbordende Bürokratie und der Fachkräftemangel sind eine echte Bedrohung für unseren Wohlstand", sagte Caroline Bosbach. Christina Stumpp er-





gänzte: "Die unionsgeführte Bundesregierung wird Deutschland zurück auf den Wachstumspfad führen – mit spürbaren Entlastungen und einem konsequenten Bürokratierückbau." Christian Gehring MdL unterstrich: "Wir brauchen Vertrauen in die Innovationskraft unserer Unternehmen und dürfen sie nicht durch immer neue Auflagen ausbremsen."

Bei Maultaschen und Kartoffelsalat wurde anschließend angeregt weiterdiskutiert. Viele Unternehmer nutzten die Gelegenheit, konkrete Anliegen direkt an die Abgeordneten heranzutragen. "Der offene Dialog ist entscheidend, um



### SPEDITION IN STEINHEIM

Telefon 07144 8707-0 · info@gruber-steinheim.de · www.gruber-steinheim.de



Politik nah an den Bedürfnissen der Wirtschaft zu gestalten", so ein Teilnehmer. Caroline Bosbach brachte es auf den Punkt: "Nur wenn Politik und Mittelstand im Gespräch bleiben, können wir die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen."

Gunnar Härtling (Pressesprecher), gunnar.haertling@cduplus.de, mit-remsmurr.de





### "Ich bin neu in der MIT, weil …

"... ich als Teil der MIT innovative Ideen stärken, Unternehmergeist fördern und den Mittelstand zukunftsfähig machen möchte."



**Marc Philipp Denk** Geschäftsführer & Gesellschafter **Denk Energy Solutions GmbH** MIT Göppingen

"... die kleinen und mittelständischen Unternehmen das Rückgrat meiner Heimatregion sind und ich mich für deren Anliegen einsetzen möchte."



**Ilona Boos** Diplom-Verwaltungswirtin (FH) **MIT Sigmaringen** 

Marc Philipp Denk, 23 Jahre alt, ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Denk Energy Solutions GmbH in Eislingen. Nach dem Abitur absolvierte er den Bachelor of Science in Betriebswirtschaftslehre an der Universität Augsburg.

Erste Erfahrungen sammelte Herr Denk als selbstständiger Vertriebsleiter bei der Performance Marine Yachting GmbH & Co. KG, wo er zugleich seine Leidenschaft für den Wassersport vertiefen

2023 gründete er die Denk Energy Solutions GmbH, um energetische Sanierung im Raum Ulm-Stuttgart neu zu gestalten: durch die Verbindung von Handwerk, strukturiertem Unternehmertum und innovativem Vertrieb für zukunftsweisende Immobiliensanierung.

Marc Philipp Denk, marc.denk@denk-energy.de, denk-energy.de

Ilona Boos (51) ist studierte Diplom-Verwaltungswirtin (FH) und als Fachbereichsleiterin bei der Stadt Bad Saulgau unter anderem für die Wirtschaftsförderung zuständig.

Die verheiratete Mutter zweier Söhne engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen und politisch unter anderem als stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Sigmaringen und Kreisrätin. Im Frühjahr dieses Jahres wählten die CDU-Mitglieder sie zur Direktkandidatin für den Wahlkreis 70 für die Landtagswahl im kommenden Jahr.

Als Wirtschaftsförderin pflegt sie seit Jahren den Kontakt zu Unternehmen, Handwerksbetrieben und Freiberuflern aus der ganzen Region und kennt daher deren Sorgen und die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, genau.

Ilona Boos, kontakt@ilonaboos.de, ilonaboos.de

Meinungsfreiheit im Fadenkreuz

# Wenn das Schweigen lauter ist als die Tat



Zwei Leben, die im September 2025 gewaltsam ausgelöscht wurden, stehen exemplarisch für eine Gesellschaft, die den Dialog verlernt hat. Die junge Ukrainerin Iryna Zarutska, 23 Jahre alt, floh vor Putins Bomben, suchte Sicherheit in den USA und fand den Tod in einer Stadtbahn in North Carolina, erstochen von einem psychisch vorbelasteten Straftäter. Wenige Tage später wurde Charlie Kirk, einer der bekanntesten bürgerlich-konservativen Redner der USA, während einer Veranstaltung auf einem Universitätscampus erschossen. Zwei Taten, scheinbar ohne Zusammenhang, und doch verbunden durch die erschreckende Stille, die auf sie folgte.

Wir können uns ausmalen, dass die öffentliche Reaktion deutlich lauter ausgefallen wäre, hätten die Hautfarben andersherum ausgesehen. Die Schlagzeilen wären unermüdlich, die Empörung in Talkshows endlos, Experten hätten von rassistischer Gewalt gesprochen, NGOs hätten Protestmärsche organisiert und Politiker aller Couleur hätten eilfertig ihre Stimme erhoben. Aber im Fall einer Ukrainerin, die sterbend am Boden einer U-Bahn zurückgelassen wird, oder eines konservativen Aktivisten, der für seine Worte über Freiheit und gesundem Menschenverstand mit dem Leben bezahlt, da bleibt es auffallend still. Dieses Schweigen ist keine Neutralität. Es ist ein politischer Akt.

# BREINLINGER INGENIEURE Ein Team. Mit Leidenschaft. Bauen. breinlinger.de.

### Selektive mediale Wahrnehmung

Charlie Kirk sagte selbst einmal: "Wenn die Menschen das Reden einstellen, beginnt die Gewalt." Mit bitterer Ironie wirkt dieses Zitat wie eine Prophezeiung seines eigenen Todes. Und es beschreibt präzise den Weg, den wir auch in Deutschland längst eingeschlagen haben: Schweigen, Verdrängen, Diffamieren - und damit den Boden bereiten für die nächste Eskalation. Dabei wäre es die Aufgabe von Politik und Medien, dieses Schweigen zu durchbrechen, Verantwortung zu übernehmen und Klartext zu reden.

Hinzu kommt, dass in Schulen, Medien und politischen Debatten Menschen wegen ihrer Meinung oder ihrer Art zu reden in Schubladen gesteckt und teilweise mit verzerrten Bildern der Geschichte tituliert werden. Da wundert es nicht, dass sich Täter noch im Recht fühlen, wenn sie diese bösen Andersdenkenden eliminieren. Doch man ist nicht automatisch rechtsextrem, wenn man für konservative Werte eintritt und man ist kein Hetzer, wenn man etwas sagt, was andere nicht hören wollen. Aber es scheint so, weil die Vernunft schweigt.

Auch dass über den selbstverschuldeten Shitstorm und die einfältige Reaktion einer Dunja Hayali mehr diskutiert wird als über die Degradierung der NDR-Journalistin Julia Ruhs, passt ins Bild. Der Zeitgeist scheint zu sein, dass man nur nichts sagen soll, worüber andere negativ denken könnten. Wer so handelt ist feige und eine Gefahr für Demokratie und Meinungsfreiheit. Denn Demokratie ist Diskurs und der begründet sich auch darauf etwas sagen zu können, was anderen nicht gefällt!

Statt wahrem demokratischen Diskurs erleben wir jedoch Politiker, denen die Angst vor dem Shitstorm im Gesicht geschrieben steht und die sich aus Sorge vor Umfragewerten lieber nicht äußern. Wir sehen Journalisten, die mit erhobenem Zeigefinger nach rechts deuten, statt sich zu fragen, warum unser öffentlicher Diskurs so selektiv funktioniert und ganze Nationen spaltet. Und wir erleben Richter, die sich hinter wohlklingenden Begründungen verstecken, während Täter, die längst hätten gestoppt werden müssen, frei herumlaufen.

#### Kriminalität ist Staatsversagen

Der Staat hat den Schutz seiner Bürger an vielen Stellen faktisch aufgegeben. NGOs, die mit Steuergeld gefördert werden, betreiben Täter-Opfer-Umkehr und diffamieren jene, die sich noch trauen, ihre berechtigte Angst offen aussprechen. Wer Zahlen benennt, die nicht ins gewünschte Bild passen, wird an den rechten Rand gedrängt – selbst wenn diese Zahlen aus Polizeistatistiken stammen. Das impliziert, dass das wahre Problem westlicher Gesellschaften nicht die in den Medien stets sofort ausgerufene "Gefahr von rechts" ist, sondern dass es mittlerweile gefährlich geworden ist, die tatsächliche und belegbare Wahrheit auszusprechen. Eine Wahrheit die unbequem ist, weil sie den Narrativen widerspricht, mit denen sich Politik und Medien selbst legitimieren.

Die Menschen spüren längst, dass sie von vielen Seiten ganz offen getäuscht werden. Sie haben verstanden, dass die Versprechen von Sicherheit und Ordnung vielerorts nichts mehr wert sind. Und wenn ein Staat seine Bürger nicht schützt, wenn er selbst seine eigenen Fakten verschweigt und Gefahren kleinredet, dann erzeugt er Misstrauen. Und dieses Misstrauen zerfrisst die Gesellschaft von innen.

Der CDU gelang es zur Bundestagswahl nochmals großes Vertrauen zu gewinnen – und verspielte es binnen 24 Stunden. Die Zuwächse der AfD und das Aufkommen neuer bürgerlicher Parteien mag in den Zentralen der etablierten Parteien noch belächelt werden, aber es belegt den Vertrauensverlust in diejenigen, die uns schützen und uns ein Vorbild sein sollten. Die Hoffnung, diese (aus CDU-Sicht) negative Tendenz umzukehren ist da, aber dann muss die CDU ihren bürgerlich-freiheitlichen Markenkern wiederfinden und nicht nur Führung verbal beanspruchen, sondern diese auch faktisch zeigen.

#### Die Freiheit stirbt scheibchenweise - und leise

Charlie Kirk war einer von denen, die sich der Kraft der Worte bedienen, um Stumpfsinn, Einfalt und Ideologie die Stirn zu bieten - eigentlich eine Blaupause für den perfekten Politiker. Doch weil vielen der Mut fehlt mit aufzustehen, Missstände anzuprangern und den gängigen Narrativen zu widersprechen, glaubt eine laute Minderheit die Mehrheit zu sein und das Recht zu besitzen, Andersdenkende zu diskreditieren. Und so geschieht dieses Sterben leise und schleichend.

Wir gehen denselben Weg wie die USA, sie sind uns nur fünf Jahre voraus. Auch hierzulande gibt es Menschen, die lieber Brandmauern hochziehen, als den Diskurs zu suchen, die lieber hinten herum agitieren als jemandem die eigene Meinung ins Gesicht zu sagen oder die schweigen, wenn man eigentlich laut aufschreien müsste. Aber um das zu tun, bedarf es eben gehörigen Muts, Anstands und inhaltliche Sattelfestigkeit. Das Hintenherum erfordert nicht einmal Grips, lediglich ein Telefon und einen Kehlkopf. Doch genau damit sind diese Leute Teil des Problems und Wegbereiter der Spaltung, was ebenso entsetzlich ist, wie die finalen Taten selbst.

Während die Öffentlichkeit weiterzieht zur nächsten Schlagzeile, während Politiker in ihre Rituale zurückfallen, während wir uns daran gewöhnen, dass eben nichts mehr sicher ist, stirbt die Vernunft mit jedem Schritt. Und mit ihr die Wahrheit und die Sicherheit, für die wir schon so oft große Teile unserer Freiheit geopfert haben.

Dr. Bastian Atzger, info@mit-bw.de, mit-bw de



# **Treusorgefonds statt Sozialpartner**modell – eine neue bAV für den Mittelstand

Die Carta Mensch Stiftung bietet mit dem Treusorgefonds eine flexible, haftungsfreie und kapitalwirksame Alternative zur politisch gewollten, aber wirtschaftlich ungeeigneten bAV-Reform.

Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) steht vor einem Systemwechsel - kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind alarmiert! Das politisch forcierte Sozialpartnermodell (SPM) soll flächendeckend eingeführt werden. Gerade für den Mittelstand ist es kaum praktikabel. Die Gründe liegen auf der Hand: Tarifbindung, aufsichtsrechtliche Komplexität, fehlende Kapitalwirkung sowie eine Rentenzusage, die auf unsicheren Zielwerten basiert.

Das SPM verlangt eine tarifliche Einbindung – Unternehmen ohne Tarifvertrag sind ausgeschlossen oder müssen sich kollek-



Klaus H. Kober, Managementberatung



Lothar Schneider, Vorstand der Carta Mensch Stiftung Deutschland

tiv organisieren. Selbst wer teilnehmen darf, muss sich auf langwierige Abstimmungen mit Gewerkschaften und Sozialpartnern einlassen. Für kleine Betriebe mit begrenzten Ressourcen ist das schlicht nicht umsetzbar. Hinzu kommt: Die Rentenzusage im SPM basiert auf einer reinen Beitragszusage mit Zielrente.



Das bedeutet, dass die spätere Leistung nicht garantiert werden kann - sie hängt vollständig von der Kapitalentwicklung ab. Für Mitarbeitende ist das kaum nachvollziehbar, für Arbeitgeber schwer vermittelbar.

Auch bilanziell bringt das Modell Nachteile. Zwar entfällt formal die Arbeitgeberhaftung, doch die rechtliche Verantwortung bleibt diffus. Gleichzeitig fließen die Beiträge vollständig aus dem Unternehmen ab – ohne Rückwirkung auf die Liquidität oder Kapitalstruktur. Für viele KMU, die auf Eigenkapitalstärkung und Flexibilität angewiesen sind, ist das ein wirtschaftlicher Nachteil.

Die Carta Mensch Stiftung hat mit dem Treusorgefonds eine Lösung entwickelt, die genau hier ansetzt - und eine bAV ermöglicht, die rechtlich unabhängig, steuerlich optimiert und unternehmerisch gestaltbar ist.

Was macht den Treusorgefonds anders - und besser?

Der Treusorgefonds basiert auf einer Treuhandstruktur, die mit dem englischen Trust vergleichbar und international anerkannt ist. Die Versorgung erfolgt direkt durch den Fonds – nicht durch das Unternehmen. Das bedeutet: keine Arbeitgeberhaftung, keine Bilanzierung, keine Rückstellungen, keine Einstandspflicht nach § 1 BetrAVG.

Die Einzahlungen fließen in ein insolvenzgeschütztes Sondervermögen, das individuell geführte Versorgungskonten für Mitarbeitende enthält. Dieses Kapital bleibt zweckgebunden und außerhalb der Verfügungsmacht des Arbeitgebers – aber es kann wirtschaftlich wirken: etwa durch Darlehen oder stille Beteiligungen, die dem Unternehmen Liquidität und Kapitalstärke zurückführen.

#### Vorteile für Unternehmen:

- Keine Tarifbindung, keine BaFin-Aufsicht, keine PSV-Beiträge
- Volle Gestaltungsfreiheit bei Unverfallbarkeit, Abfindung und Geschäftsführerversorgung
- Kombination aus leistungs- und beitragsorientierten Modellen möglich
- Keine KWG-Erlaubnispflicht da keine Finanzinstrumente oder Einlagengeschäfte
- CSR-Positionierung durch nachhaltige Kapitalanlage
- Europafähigkeit durch Anerkennung im Rahmen des Haager Trustübereinkommen

#### Für die Belegschaft bietet der Fonds:

- Sozialversicherungsfreie Renten keine Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung (§ 229 SGB V)
- Steuerlich optimierte Auszahlungen nur der Ertragsteil ist steuerpflichtig (§ 22 EStG)
- Keine steuerliche Belastung in der Ansparphase kein Zufluss, keine Lohnsteuer (§ 11 EStG)
- · Wahlfreiheit zwischen Kapitalauszahlung und lebenslanger
- Vererbbarkeit und Hinterbliebenenversorgung inklusive Pflegeabsicherung
- Jährliche Rentensteigerungen unterliegen nur dem Barwert nach Bewertungsgesetz (§§ 13, 14 BewG)

Besonders relevant für kleine Unternehmen:

Der Treusorgefonds ist überbetrieblich organisiert. Das heißt: Kleinstbetriebe können sich anschließen und von den Vorteilen profitieren, die sonst nur Großunternehmen offenstehen. Die Verwaltung erfolgt durch einen Verein, der die Versorgungseinheit treuhänderisch führt. Es gibt keine Produktbindung, keine Versicherungsstruktur, keine regulatorischen Hürden - dafür aber volle Transparenz und einfache Umsetzung.

Fazit: Das Sozialpartnermodell mag politisch gewollt sein doch wirtschaftlich ist es für viele KMU ungeeignet. Der Treusorgefonds der Carta Mensch Stiftung bietet eine echte Alternative: rechtssicher, sozial nachhaltig und unternehmerisch intelligent. Eine bAV, die nicht verwaltet, sondern gestaltet wird. Für Unternehmen, die Verantwortung übernehmen – und Kapital sinnvoll nutzen wollen.

Klaus H. Kober, kkober@kober-management.com, kober-management.com, Lothar Schneider, Lothar.Schneider@carta-mensch.de, carta-mensch.de



**BGH-Urteil:** 

# **Nichtigkeit von Coaching-**Verträgen nach dem Fernunterrechtsschutzgesetz (FernUSG) auch im B2B Bereich

Ausnahmslos jeder kann sich "Coach" nennen, denn die Berufsbezeichnung des "Coaches" ist rechtlich nicht geschützt, kann also unabhängig von einer bestimmten Qualifikation oder Ausbildung genutzt werden. In den letzten Jahren ist folglich zu beobachten, dass fragwürdige und unseriöse Online-Coachings quasi aus allen Ecken des Internets sprießen.

Oftmals lösen sich die markigen Versprechen bei genauerem Hinsehen oder bei Durchführung des Coaching-Programms größtenteils in Luft auf. Was bleibt ist häufig eine überhöhte Vergütungsforderung und das Gefühl, das Geld sprichwörtlich aus dem Fenster geschmissen zu haben.

Während Verbraucher durch die Grenzen der Vertragsgestaltung hier häufig besser geschützt waren, sich in vielen Fällen vom Vertrag lösen und zum Teil die Vergütung zurückfordern konnten, schauten Unternehmer oftmals in die Röhre. Dabei erfreuen sich verschiedenste Coachingprogramme auch für Geschäftsführer, leitende Angestellte oder sonstigen Mitarbeitenden, insbesondere in Führungspositionen, weiter wachsender Beliebtheit.



Berthold Straetmanns. Partner, Rechtsanwalt und Maitre en droit bei SONNTAG



Patrick Feser. Rechtsanwalt bei SONNTAG

Diese Verträge sind in vielen Fällen unwirksam, da die Anbieter nicht über die zwingend notwendige Zulassung nach dem FernUSG verfügen. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) in einem jüngst erschienenen und viel beachteten Urteil entschieden, das die Rechtssicherheit für Teilnehmende von Coaching-Angeboten erhöht und die Rechte insbesondere von unternehmerisch tätigen Kunden gestärkt hat (BGH, Urteil vom 12.06.2025 -III ZR 109/24).

Bislang war unklar, ob das FernUSG auch auf Unternehmer Anwendung findet. Hier hat sich der BGH überraschend klar positioniert und das bejaht. Die Entscheidung dürfte dazu führen, dass in zahlreichen Fällen keine Vergütung geschuldet ist und bereits geleistete Zahlungen zurückgefordert werden können.

Damit der Vertrag die Voraussetzungen des Fernunterrichts erfüllt und damit unter das FernUSG fällt, bedarf es einer entgeltlichen Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten (1.), bei der die Teilnehmer vom Anbieter räumlich getrennt sind (2.) und bei der eine Form der Lernerfolgskontrolle (3.) stattfindet. Die Tatbestandsmerkmale und deren Reichweite sind häufig Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Hier hat der BGH nun erfreulicherweise für etwas mehr Kontur gesorgt, der die Vertragsauslegung im Einzelfall erleichtern wird.

Gleichwohl bedarf es aber einer Einzelfallbetrachtung des Vertrags- und des dazugehörigen Coaching-Programms. Insbesondere dürfte auch weiterhin kritisch zu prüfen sein, welche Rolle etwaige Veranstaltungen in physischer Präsenz oder zumindest ausschließlich synchrone Online-Kommunikation als Teil des Programms spielen.

Liegen die o.g. Voraussetzungen vor, bedarf es grundsätzlich einer Zulassung durch die Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU). Verfügt der Veranstalter bereits beim Vertragsschluss nicht über die erforderliche Zulassung des Fernlehrgangs, ist der Vertrag nichtig – und zwar ex tunc, d.h. von Anfang an. Für Zahlungen besteht kein Rechtsgrund. D.h. sofern Sie noch nicht gezahlt haben, besteht kein Anspruch des Anbieters auf Zahlung. Haben Sie be-

reits Zahlungen geleistet, ist der Anbieter ungerechtfertigt bereichert und hat Ihnen daher die Zahlung zurückzuerstatten.

Berthold Straetmanns, berthold.straetmanns@sonntag-partner.de, Patrick Feser, patrick.feser@sonntag-partner.de, sonntag-partner.de



#### EXPERTEN FÜR WÄRMEBEHANDLUNG.

- » Härten und Vergüten
- » Einsatzhärten
- » Randschichthärten
- » Vakuumhärten
- » Nitrieren
- » Plasmanitrieren
- » Glühen
- » Oberflächenbehandlung

Unsere Standorte: Bochum / Brackenheim Chemnitz / Weimar

www.haerterei.com

# **BIZ Gruppe verbindet** deutsche Unternehmen mit israelischer Dynamik & Innovationskraft

#### Deutschlands wirtschaftliche Lage: Herausforderungen im Wandel

Deutschland steht derzeit vor einer größten wirtschaftlichen währungsproben seit Jahrzehnten. Stagnierendes Wachstum, rückläufige Industrieproduktion und geopolitische Unsicherheiten belasten die Konjunktur. Hinzu kommt die Notwendigkeit, sich gleichzeitig international wettbewerbsfähig zu bleiben. Viele Unternehmen befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen Kostendruck, Fachkräftemangel und dem rasanten technologischen Fortschritt. Diese Situation zwingt Politik wie Wirtschaft gleichermaßen, Antworten auf die Frage zu finden, wie Deutschland seine Rolle als führende Industrienation auch in Zukunft sichern kann.





Jan Waldert

Erfolgsfaktoren im Zeitalter des Wandels In einer Welt, die von tiefgreifendem Wandel, Digitalisierung und neuen Technologien geprägt ist, entscheidet nicht mehr allein die Größe oder Tradition einer Firma über ihren Erfolg. Gefragt sind vielmehr Eigenschaften wie die Fähigkeit, sich schnell an neue Umstände anzupassen, mutig Innovationen einzusetzen und bestehende Geschäftsmodelle durch neue Technologien weiterzuentwickeln. Ebenso entscheidend ist es, strategische Partnerschaften zu schließen, um Kompetenzen zu bündeln und Kräfte zu vereinen. Unternehmen, die Geschwindigkeit mit Weitsicht verbinden und sich für Kooperationen öffnen, sichern sich die besten Chancen, auch in disruptiven Zeiten erfolgreich zu bestehen.





Auszeichnung mit dem 1. Platz für eines der Start-Ups der BIZ-Gruppe durch Frau Dr. Hoffmeister-Kraut (Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg) auf dem BW-Summit.

#### Der Beitrag der BIZ Gruppe

Die BIZ Gruppe versteht sich als Brückenbauer, um Deutschlands Wirtschaft langfristig international wettbewerbsfähig zu halten. Im Zentrum steht die Vernetzung von etablierten Unternehmen mit jungen, dynamischen Start-ups, die innovative Ideen und neue Denkansätze einbringen. Besonders stark setzt die BIZ Gruppe auf die Zusammenarbeit mit israelischen Start-ups, die sich durch enorme Geschwindigkeit, kreative Lösungsansätze und technologischen Vorsprung auszeichnen. Konkret fördert die BIZ Gruppe die Ansiedlung innovativer Unternehmen in Deutschland, unterstützt den Aufbau vertrauensvoller Geschäftsbeziehungen, begleitet erfolgreiche Pilotprojekte und sorgt für die Skalierung dieser Startups in den deutschen Markt. Auf diese Weise entstehen Synergien, die deutsche Unternehmen stärken und ihnen den Zugang zu zukunftsweisenden Technologien sichern.

#### Chancen in der Krise nutzen

Auch wenn die aktuelle wirtschaftliche Lage Deutschlands von Unsicherheit und Rückschlägen geprägt ist, liegen in jeder Krise auch Chancen. Entscheidend ist, diese aktiv zu nutzen und Innovation, Geschwindigkeit sowie neue Partnerschaften ins Zentrum der Strategie zu stellen. Die BIZ Gruppe leistet hierzu einen konkreten Beitrag, indem sie israelische Innovationskraft nach Deutschland bringt, Kooperationen zwischen Unternehmen fördert und so neue Wachstumsperspektiven eröffnet. Damit zeigt sich: Wer Brücken baut und Veränderungen als Chance begreift, kann auch in schwierigen Zeiten die Weichen für nachhaltigen Erfolg stellen.

#### **BIZ-Gruppe**

BIZ ist ein Startup Inkubator & Accelerator mit Sitz in Tübingen, der sich auf die Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Partnern, insbesondere israelischen Tech-Startups spezialisiert hat. Dabei bietet BIZ eine Plattform um Start-Ups ein skalierbares und nachhaltiges Wachstum in Deutschland und ganz Europa zu ermöglichen.

Jan Waldert, BIZ Operations GmbH, jan.waldert@biz-gruppe.com



Eröffnung des innovativen Schnelladeparks durch BIZ Geschäftsführer Alexander Dappen (r.)



## Welche Themen sind für Sie bei der kommenden Landtagswahl besonders wichtig?



Ihre Meinung zählt – helfen Sie uns die richtigen politischen Schwerpunkte zu setzen.

Bitte tragen Sie online bis zu drei Ihrer wichtigsten Themen zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 ein und beschreiben Sie kurz, was Sie stört oder was sich Ihrer Meinung nach verbessern muss.

Die Ergebnisse werden gesammelt, im Landesvorstand diskutiert und dann an die CDU Baden-Württemberg weiterge-



## <u>Inserentenverzeichnis</u>

#### Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

AP&S International GmbH ap-s.de

Artur Farr GmbH & Co. KG farr-feinmechanik.de

Immobilien Service Bärbel Bahr e.K. baerbel-bahr.de

Bartholomäus GmbH geba-emerkingen.de

Lothar Bix GmbH bix-lackierungen.de

Breinlinger Ingenieure Hoch- und Tiefbau GmbH breinlinger.de

Burger Karl Maschinenbau GmbH & Co. burger-maschinenbau.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG claus-gebaeudereinigung.de

Derichsweiler Umzüge Lagerung Service GmbH & Co. KG derichsweiler.com

DIENER & RAPP GmbH & Co. KG Eloxalbetrieb dienerrapp.de

Dittes Oberflächentechnik GmbH dittes.net

Martin Fink GmbH & Co. KG fink-plexiglas.de

Gehr GmbH gehr.de

Genthner GmbH System Technologie genthner.com

GL GmbH Metall- und Werkstattechnik gl-gmbh.de

GMT Gummi-Metall-Technik GmbH gmt-gmbh.de

Grünemay & Abt KG gruenemay-abt.de

S. Gruber GmbH & Co. Ges für Transport und Lagerei KG gruber-steinheim.de

**Gruner AG** gruner.de

GUK-Falzmaschinen GmbH & Co. KG guk-falzmaschinen.de

Härterei Reese Brackenheim GmbH haerterei.com

Helios Ventilatoren GmbH + Co KG heliosventilatoren.de

Hinz GmbH Maschinenbauteile hinz-mbt.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH kammerer-gewinde.com

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG kaercher-tresorbau.de

Kierdorf & Söhne GmbH kierdorf-soehne.de

Mohr Solutions Ingenieure GmbH & Co. KG mohrsolutions.de

MRS Electronic GmbH & Co. KG mrs-electronic.de

Probst - Speditions GmbH spedition-probst.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG gebrueder-rueckert.de

SBS-Feintechnik GmbH & Co. KG burger-group.com

Alfred Seifert & Söhne GmbH stickerei-seifert.de

Sixt GmbH Werkzeugbau u. Stanzerei sixt-gmbh.de

Wiesbauer GmbH & Co. KG wiesbauer.de

Gebr. Zimmermann GmbH felswerk.de



Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co. Daniel-Weil-Str. 4 89143 Blaubeuren Tel. 07344/6009 Fax 07344/3581 E-mail: info@Burger-Maschinenbau.de



# MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm

www.mit-alb-donau-ulm.de

MIT Baden-Baden/Rastatt

www.mittelstand-bad-ra.de

MIT Biberach

www.mit-bc.de

MIT Böblingen

www.mit-boeblingen.de

**MIT Bodenseekreis** 

www.mit-bodenseekreis.de

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de

MIT Calw/Freudenstadt

www.mit-cw-fds.de

**MIT Emmendingen** 

www.mit-emmendingen.de

MIT Esslingen

www.mit-esslingen.de

**MIT Freiburg** 

www.mit-freiburg.de

MIT Göppingen

www.mit-gp.de

MIT Heidelberg

www.mit-heidelberg.de

MIT Heidenheim

MIT Heilbronn

www.mit-heilbronn.de

**MIT Hohenlohe** 

www.mit-hohenlohe.de

MIT Karlsruhe

www.mit-karlsruhe.de

MIT Karlsruhe Land

www.mit-karlsruhe-land.de

**MIT Konstanz** 

www.mit-konstanz.de

MIT Lörrach

MIT Ludwigsburg

www.mit-ludwigsburg.de

MIT Main-Tauber-Kreis

www.mit-main-tauber.de

MIT Mannheim

www.mit-mannheim.de

MIT Neckar-Odenwald

www.mit-neckar-odenwald.de

**MIT Ortenau** 

www.mit-ortenau.de

MIT Ostalb

www.mit-ostalb.de

**MIT Pforzheim** 

www.mit-pforzheim.de

MIT Ravensburg

www.mit-ravensburg.de

**MIT Rems-Murr** 

www.mit-remsmurr.de

MIT Reutlingen

www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen

MIT Rhein-Neckar

www.mit-rhein-neckar.de

**MIT Rottweil** 

www.mit-rottweil.de

MIT Schwarzwald-Baar

www.mitsbk.de

**MIT Sigmaringen** 

www.mit-sigmaringen.de

**MIT Stuttgart** 

www.mit-stuttgart.de

**MIT Tübingen** 

**MIT Tuttlingen** 

MIT Waldshut

MIT Zollernalb

www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden

www.mit-nordbaden.de

MIT Nordwürttemberg

www.mit-nordwuerttemberg.de

MIT Südbaden

www.mit-suedbaden.de

MIT Württemberg-Hohenzollern

www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg

www.mit-bw.de

**MIT Bund** 

www.mit-bund.de

#### **Impressum**

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstandsund Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum. Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

#### Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim Telefon 07154 8025 140, wifo@mit-lvbw.de, www.mit-bw.de

**Auflage:** 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

#### Redaktion Wirtschaftsforum:

verantwortlich im Sinne des Presserechts Dr. Bastian Atzger (MIT BW) wifo@mit-lvbw.de

#### Verantwortlicher Redakteur:

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

#### Verlag und Vertrieb:

Kaan Verlag GmbH Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen Telefon 07571 7404 0 wifo@kaanmedia.de, www.kaanmedia.de

#### Bildnachweise:

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Shutterstock, Adobe Stock und MIT Bund.

#### Landesgeschäftsführung:

Marcel Bonnet bonnet@mit-bw.de 07154 8025 140

#### Mitglieder- und Officemanagement:

Martina Kuttner kuttner@mit-bw.de 07154 8025 144

#### Marketing und Administration:

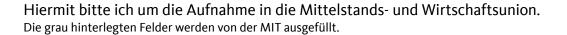
Carolin Göggelmann goeggelmann@mit-bw.de 07154 8025 145

#### Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit:

Manfred Nagel nagel@mit-lvbw.de 0711 3412726 0170 3369229

Gundo Sanders sanders@mit-lvbw.de 07244 5598172 0170 2031759

### **Aufnahmeantrag**





Mitgliedsnummer		LV/KV		Kriterium
Name, Vorname				Geburtsdatum
Straße, Hausnummer			PLZ, Ort	
E-Mail-Adresse		Telefon		
Beruf		Firma		Branche
Berufliche Tätigkeit				Eintrittsdatum
Weitergabe an Dritte find gen und Einladungen ger	Daten werden vo ungen, Newsletter, I et nicht statt. Die E- nutzt werden. Der V werden nach Beend	n der Mittelstands- und Informationsmaterial ur Mail-Adresse kann auch Versand der Einladunger Igung Ihrer Mitgliedsch	d Wirtschaftsunion Ba nd des Mitgliedermaga n für den Versand von I n auf elektronischem N aft gemäß der gesetzli	z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die den-Württemberg, ihren Gliederungen für die zins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlun-Vege steht in diesem Fall dem Postweg gleichschen Bestimmungen gelöscht.
Unterschrift des Neumitglieds		Geworben von		Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden
<b>Einzugsermäch</b> Hiermit ermächtige ich von folgendem Konto al	die MIT, bis auf Wi	derruf meinen Jahresb	eitrag und die einmal	ige Aufnahmespende
Name, Vorname des Kontoinhabers			Gläubiger-ID	BIC
Geldinstitut		IBAN		
Die Aufnahmespende für meinen  ☐ Kreisverband ☐ Landesverband ☐ Bundesverl beträgt einmalig — €		☐ Bundesverband	•	rrag beträgt jährlich € Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch ingezogen.)
				Jetzt Mitglied werden!
Unterschrift Kontoinhal	per			



